



universität
wien

MASTER-THESIS

Titel der Master-Thesis

„Wie demokratisch ist europäische Demokratie?
Konzeptualisierung des Demokratiedefizits der EU und
dessen Ursachen.“

Verfasser

Christian Josef Lasser, BA, BA, MA

angestrebter akademischer Grad

Master of European Studies (M.E.S.)

Wien, 2015

Universitätslehrgang:

Europäische Studien

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 992 959

Betreuer:

MMAg. Dr. Peter Slominski

Für Kathi [...]

*Danke für deine Unterstützung.
Danke dafür, dass du immer an mich geglaubt hast.
Danke, dass es dich gibt.*

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung.....	1
1.1 Relevanz des Themas	1
1.2 Struktur der Arbeit	2
1.3 Methoden	4
2. Theoretischer Hintergrund.....	5
3. Konzeptualisierung europäischer (Demokratie-) Defizite	10
3.1 Der Demokratiebegriff der EU	10
3.2 Das Lerndefizit der EU	14
3.3 Tendenzen einer Denationalisierung	17
3.4 Schwierigkeiten des Mehrebenensystems am Beispiel Österreichs	19
4. Europäische Öffentlichkeit	23
4.1 Europäische Identität	23
4.2 Die Anfänge europäischer Identität	24
4.3 Identität durch Integration	28
4.4 Öffentlichkeit und Kommunikation.....	29
4.5 Der soziologische Aspekt europäischer Öffentlichkeit	32
5. Politisierung der EU.....	36
5.1 Die Debatte über Politisierung in der EU	36
5.2 Strategien innerhalb europäischer Politisierung	43
5.3 Politische Partizipation	45
5.4 Exklusionsformen politischer Partizipation.....	52
6. Zusammenfassung und Ausblick	54
7. Literaturverzeichnis.....	58
8. Lebenslauf	64

Abstract

The subject of this paper is the democratic deficit of the European Union and its implications on the establishment of a European public sphere and European integration in context of conflicts between national and supranational structures and implementations.

The European public sphere and politicization of the EU are two areas in which EU citizens and institutions perform on different levels. Both are necessary in order to establish a European democracy. While the concept of the European public sphere is criticized and contested by many scholars, the debate whether there should be more politicization in the EU is even more heated debated.

History had shown that the process of European democratization was very difficult and the goal to make the EU more democratic has not been achieved yet. There are many reasons for this and only the fact that more than one reason are accountable for the absence of democratic legitimacy in the EU illustrates the high complexity and forlornness of the deficit.

To remedy this problem, this paper proposes the analysis of the scientific debate on the democratic deficit of the EU, focusing on the question what are the main reasons for the democratic deficit and how the EU could become more democratic.

The result of the literature analysis show that the low level of political contestation has not only negative impacts on the democratization process of the EU, but also on the creation of a European public sphere because it leads to political and institutional forms of public exclusion and a low interest of EU citizens for the EU. Furthermore, the concept of a European public sphere itself is rather weak on an analytical basis because the premise of it, a collective European identity, is not fully given.

Summed up, there is no democracy in the EU that is compatible with the general definitions of democracy. Therefore, it is rather controversial whether the debate is about a democratic deficit or the existence of a European democracy at all.

Abstract Deutsch

Das Thema dieser Arbeit ist das Demokratiedefizit der Europäischen Union und dessen Auswirkungen auf die Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit und die europäische Integration im Kontext von national-supranationalen Konflikten.

Die europäische Öffentlichkeit und die Politisierung der EU sind zwei Bereiche in denen UnionsbürgerInnen unterschiedlich performen und beide sind notwendig, um eine europäische Demokratie zu gewährleisten. Während das Konzept der europäischen Öffentlichkeit von vielen AutorInnen kritisiert und in Frage gestellt wird, wird die Debatte ob es eine Politisierung in der EU gibt, umso mehr diskutiert.

Die Geschichte hat gezeigt, dass der Prozess der europäischen Demokratie sehr schwierig war und das Ziel einer Demokratisierung der EU ist bis heute noch nicht erreicht wurde.

Um dieser Problemstellung auf den Grund zu gehen, wird in dieser Arbeit die wissenschaftliche Debatte der demokratischen Legitimität, eingehend auf die Frage, was die Hauptursachen für das Demokratiedefizit sind, illustriert.

Schlussendlich gibt es keine Demokratie in der EU, welche mit einem gängigen Demokratiebegriff kompatibel ist. Daher stellt sich die Frage, ob es eine Debatte über das Demokratiedefizit, oder die Existenz europäischer Demokratie überhaupt geht.

1. EINLEITUNG

1.1 Relevanz des Themas

Die Europäische Union (EU) wird immer mehr als ein undemokratisches Elitenprojekt kritisiert. Je mehr Kompetenzen an die supranationale Ebene abgegeben wurden, desto mehr Stimmen wurden laut, welche die BürgerInnennähe der EU stark kritisierten. Bei einer intergouvernementalen Konferenz in Nizza im Jahr 2000 nahmen es sich Staats- und Regierungschefs, Mitglieder nationaler Parlamente aus EU- wie aber auch Partnerländern und EU-Abgeordnete zur Aufgabe, Wege und Strategien zu finden um die EU den UnionsbürgerInnen näher zu bringen. Im Zuge einer Rahmenvereinbarung wurden verschiedene Demokratisierungsstrategien in der Laeken Deklaration des Europäischen Rats 2001 ausgeformt. Die Hauptziele waren es die EU transparenter, demokratischer und effizienter zu gestalten. Nichtsdestotrotz erlangte die Konvention nur ein geringes Interesse bei den nationalen und EU-PolitikerInnen und wurde schlussendlich hinter verschlossenen Türen umgeändert und von der „EU-Elite“ beschlossen. Die Konvention beinhaltete bereits die wesentlichen Artikel des Vertrags über eine Verfassung für Europa (VVE) von 2004, der das politische System der EU reformieren und einen Fortschritt bezüglich Demokratie, Transparenz und Partizipationsmöglichkeiten ermöglichen sollte. Der VVE sollte der EU mehr Kompetenzen einräumen und Handlungsfähigkeit und Demokratie fördern. Nach einem negativen Referendum in Frankreich und den Niederlande wurde der VVE jedoch nie ratifiziert. Zum einen waren viele UnionsbürgerInnen skeptisch gegenüber der Kompetenzstärkung der EU, zum anderen wurden das Ziel des Vertrags, die EU demokratischer zu machen, äußerst mangelhaft von den nationalen PolitikerInnen und den Medien der europäischen Gesellschaft kommuniziert (vgl. Gaisbauer/ Pausch 2009: 44-45).

Das Scheitern des VVE war der Beginn vieler Diskussionen über die demokratische Legitimierung der EU und der steigenden Anzahl an EuroskeptikerInnen. Jürgen Habermas (2001) argumentiert, dass die EU die „*Macht einer symbolischen Kristallisierung*“ (Habermas 2001: 6 zit. in: Parsons 2006: 181) inne hat, um eine gemeinsame europäische politische Sphäre zu schaffen. Aus ökonomischer Sicht ist der Euro das Symbol für den Versuch einer einheitlichen EU, jedoch benötigt sie laut Parsons (2006) eine Konstitution um ein Symbol darzustellen, das das Wachsen einer politischen Sphäre des postnationalen Europas, das durch Integration und Demokratisierung ein Gegenstück zur USA geworden ist, verkörpert. Des

Weiteren würde durch eine Konstitution eine europäische Zivilgesellschaft, eine politische Öffentlichkeit und eine politische Kultur forciert werden. Eine europaweite Diskussion auf transnationaler Kommunikationsebene über die Inhalte und Vorteile der Konstitution und deren Ratifizierung hätte zu einem ersten Schritt einer etablierten europäischen Öffentlichkeit geführt. Da dies aber durch das negative Referendum in Frankreich und den Niederlanden nicht der Fall war, kann davon ausgegangen werden, dass es eine Diskrepanz zwischen den EU-PolitikerInnen und den UnionsbürgerInnen, wie aber auch ein generelles Misstrauen gegenüber einem europäischen Gemeinschaftswillen gibt (Parsons 2006: 81).

Weitere Argumente für ein Demokratiedefizit in der EU sind die starke Rolle der Kommission, die nicht demokratisch gewählt ist, und das Fehlen einer politischen Gemeinschaft, weil nationale PolitikerInnen im Normalfall die nationalen Interessen dem europäischen Gemeinschaftsinteresse vorziehen. Des Weiteren stellt die Komplexität der Paragraphen der Richtlinien, Verordnungen, Entscheidungen und Empfehlungen ein Problem dar, weil sie für die meisten UnionsbürgerInnen, aber auch JuristInnen schwer zu fassen und zu systematisieren sind (vgl. Pollak/ Slominski 2012: 182).

Daher kommt es zu einer Entfremdung der EU, weil viele Beschlüsse am ersten Blick nicht nachvollziehbar erscheinen und die Gesamtkompetenz der EU aufgrund dieser Komplexität undurchsichtig erscheint.

1.2 Struktur der Arbeit

Ziel dieser Arbeit ist es das Demokratiedefizit der EU zu konzeptualisieren und die möglichen Ursachen dafür aufzuzeigen und zu analysieren. In der Literatur und den öffentlichen und politischen Debatten werden zumeist zwei Gründe für die mangelnde Demokratie der EU diskutiert: das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit und die mangelhafte Politisierung innerhalb der EU. Des Weiteren kommt dazu, dass es Hemmnisse der Mitgliedstaaten gibt, mehr ihrer politischen Macht und Entscheidungskompetenzen an die supranationale Ebene abzugeben.

Zunächst wird der Begriff der europäischen Demokratie diskutiert und auf unterschiedlichen Analyseebenen erklärt. Der Fokus hierbei liegt vor allem auf der Definition von Demokratie in den offiziellen Dokumenten der EU.

Ein weiterer Versuch einer Politisierung war die Schaffung der Offenen Methode der Koordinierung (OMK), die einen sozialen und gegenseitigen Lernprozess zwischen nationalen und supranationalen AkteurInnen fördern sollte, jedoch ein gescheitertes Elitenprojekt darstellt. Da die OMK jedoch an ihrer Umsetzung und Nutzung gescheitert ist, wird die Frage inwiefern gewisse AkteurInnen überhaupt an politischen Debatten und einer Politisierung der EU interessiert sind, im Rahmen des Lerndefizits der EU aufgeworfen.

Die Tendenzen einer Denationalisierung werden im nächsten Schritt anhand der komplexen Interaktion von Nationalismus, Supranationalismus und Transnationalismus angeführt und erklärt. Diese Spannungsverhältnisse und Konstruktionsmuster werfen auch die Frage auf, welche Probleme das europäische Mehrebenensystem in der politischen und juristischen Praxis erfährt. Eine Kontextualisierung der Schwierigkeiten des Mehrebenensystems wird am Beispiel Österreich festgemacht.

Die Arbeit beschäftigt sich dann mit der Frage ob es eine europäische Öffentlichkeit gibt bzw. geben kann. Das Argument ist jenes, dass Demokratie nur in einer Öffentlichkeit entstehen kann. Bei einem Fehlen von europäischer Öffentlichkeit, oder einer kollektiven Identität, kann es aus der Sicht vieler AutorInnen zu keiner Demokratie kommen.

Als nächstes wird die Debatte über die Politisierung der EU analysiert, vor allem in Hinblick auf die Diskussion von Hix und Bartolini, die das Für und Aber der Notwendigkeit einer Politisierung abwägen. Inwiefern Politisierung zu Demokratie führt, und welche Risiken sie mit sich bringt, soll analysiert werden.

Das Thema der Europäischen Integration zieht sich durch die gesamte Debatte über das Demokratiedefizit der EU und dieser Arbeit. Das grundsätzliche Problem – die Angst vor einem Souveränitätsverlust der Mitgliedstaaten durch ihre Kompetenzabgabe an die EU – stellt die Diskrepanz zwischen Nationalismus und Supranationalismus dar und wird häufig als weiterer Grund für das Fehlen einer europäischen Demokratie angeführt.

Nachdem in den offiziellen Dokumenten der EU die Förderung von Demokratie, Partizipation und Transparenz groß geschrieben wird, jedoch viele SkeptikerInnen die demokratische Legitimität der EU anzweifeln, lautet die Forschungsfrage dieser Arbeit:

Was sind die Ursachen für das Demokratiedefizit der EU und wie kann europäische Demokratie verbessert werden?

1.3 Methoden

Im Weiteren sollen auf die Methoden bei der Erstellung dieser Arbeit eingegangen werden. Bereits zu Beginn der Forschung begann die Literaturrecherche, die den gesamten Forschungsprozess über angewendet wurde. Beim Bibliografieren handelt es sich um die *„Herstellung und Umgang mit Bibliographien, Büchern, Literaturverzeichnissen und Literaturangaben“*. (Beer/ Fischer 2003: 66)

Der Autor recherchierte hauptsächlich in der Fachbibliothek der Politikwissenschaft und Soziologie und der Universitätsbibliothek Wien. Des Weiteren halfen bei der Literaturrecherche Online-Datenbanken, aber auch e-Zeitschriften und der Hochschriften-Service E-Theses der Universität Wien.

Nach der Erarbeitung der Literatur kam es zur Literaturanalyse. In diesem Zusammenhang wurden für die Forschungsfrage relevanten Aspekte Kategorien gebildet. Die zwei Hauptkategorien, die aus der Sicht des Autors ausschlaggebend für das europäische Demokratiedefizit sind, stellen europäische Öffentlichkeit und Politisierung der EU dar.

Nach der Literaturanalyse kam es zur Verschriftlichung der Arbeit. Ein „Gütekriterium“ der Verschriftlichung stellt die intersubjektive Nachvollziehbarkeit dar. Hierbei wird *„einem externen Publikum die Möglichkeit gegeben, die Untersuchung Schritt für Schritt zu verfolgen und den Forschungsprozess und die daraus hervorgegangenen Ergebnisse zu bewerten“* (Steinke 2010: 324).

Im Zuge der Verschriftlichung wurden die Methoden objektiv (wobei das Auswählen verschiedener Methoden an sich schon ein subjektives Verfahren ist) dargelegt, aber auch zur Darstellung der Datenergebnisse und deren Interpretation verschriftlicht, die abhängig von den jeweiligen ForscherInnen sind.

Der Autor hielt sich an die amerikanische Zitierweise, dem Havardsystem, bei dem der Beleg direkt im Fließtext nach dem Fließtext bzw. der Paraphrase angeführt wird (vgl. Beer/ Fischer 2003: 122).

2. THEORETISCHER HINTERGRUND

Theorie ist für jede wissenschaftliche Arbeit notwendig und ohne einen theoretischen Rahmen ist es nicht möglich, einen wissenschaftlichen Anspruch zu stellen.

Die Methodologie dieser Arbeit ist holistisch geprägt. Der methodologische Holismus geht davon aus, dass die Gesellschaft mehr als die Summe ihrer Einzelteile ist. Er betrachtet kollektive Phänomene und geht auf die soziokulturelle Ebene zurück. Unterschiedliche Quantitäten bedingen unterschiedliche Qualitäten und der Aggregatzustand, von dem ausgegangen wird, ist die Gesellschaft an sich und nicht die einzelnen Individuen. Das Argument der HolistInnen geht auch auf Emile Durkheim zurück, der beim Beispiel des *Selbstmords* meinte, dass Selbstmord kein individuelles Phänomen ist, sondern in sozialen Gruppen entsteht. Somit liegt auch der Selektionsvorteil immer in der Gruppe und nicht im Individuum, es ist aber wichtig zu betrachten, wie Individuen innerhalb einer Gruppe interagieren und welche Wirkung dann unterschiedliche Gruppen aufeinander haben. Emile Durkheim untersuchte den Selbstmord in Frankreich und war der holistischen Auffassung, dass die Gesellschaft mehr als die Summe ihrer Einzelteile ist und Individuen aufgrund gesellschaftlicher Strukturen Selbstmord begehen:

„Die Vorgänge in der privaten Sphäre, die man allgemein als unmittelbar Anlaß [!] des Selbstmordes annimmt, beziehen ihre Wirksamkeit einzig aus der moralischen Verfassung des Betreffenden, die wiederum Echo der moralischen Verfassung der Gesellschaft ist.“

(Durkheim 1973: 345)

Die EU ist mehr als die Summe ihrer BürgerInnen und muss aus einem holistischen Sinn heraus als ein Konstrukt betrachtet werden, das auch politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Faktoren in dessen Gesamtheit miteinschließt. Aus diesem Verständnis heraus soll auch die europäische Demokratie analysiert werden. Die Demokratiedefizite sind nicht aus der politischen Partizipation aller EU-BürgerInnen allein zu erklären, sondern hängen mit der supranationalen Struktur der EU, der mangelnden Politisierung, dem Fehlen einer „europäischen Öffentlichkeit“ und der Selbst- und Fremdwahrnehmung der EU und dessen AkteurInnen zusammen.

Innerhalb dieser Arbeit wird klar postuliert, dass sich die Ursachen des Demokratiedefizits der EU aus der Komplexität von EU-Institutionengefüge, nationalen Strukturen, den unterschiedlichen Auffassungen der circa 508 Millionen UnionsbürgerInnen und der medialen Berichterstattung über die EU und dessen Demokratiedefizit zusammensetzen. Besonders die

Stützung auf allgemein akzeptierte Definitionen von Demokratie und die mediale/öffentliche Berichterstattung und Diskussion über die EU formt teils sehr homogene Ansichten und Bewertungen über ihr Demokratiedefizit. Viele Personen vertreten Meinungen, die von der breiten Masse akzeptierten und etablierten Positionen heraus entstanden sind.

Demokratie ist ein Konzept und jedes theoretische Konzept wurde von Menschen erschaffen. Somit gibt es auch legitimierte Definitionen vom Konzept Demokratie. Abhängig von der jeweiligen Definition können unterschiedliche Kriterien herangezogen und auf ihre Übereinstimmung zu bestimmten Strukturmustern verifiziert werden. Eine der häufigsten Definitionen ist die von Dahl (1998):

„Democracy provides opportunities for 1) effective participation, 2) equality in voting, 3) gaining enlightened understanding, 4) exercising final control [by the people] over the agenda, and 5) inclusion of adults.“ (Dahl 1998: 37-38)

Um von Demokratie auf institutioneller Ebene zu sprechen braucht man *„1) elected officials, 2) free, fair and frequent elections, 3) freedom of expression, 4) alternative sources of information, 5) associational autonomy, and 6) inclusive citizenship.“* (ebd. 85).

Bei der Betrachtung der von Dahl beschriebenen Prämissen für Demokratie wird ersichtlich, dass die EU vor allem in den Bereichen effektive Partizipation, häufige Wahlen, alternativen Informationsquellen und einem aufgeklärten Verständnis und Wissen über die EU Defizite zu verzeichnen hat.

Die Analyseebenen dieser Arbeit sollen aus Strukturen und Handlungsmuster innerhalb des politischen Feldes der EU heraus begriffen werden.

Bei Bourdieu spielt das politische Feld eine besondere Rolle. Es ist ein Feld, in dem die TeilnehmerInnen bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen, um „mitspielen“ zu dürfen. Diese TeilnehmerInnen sind PolitikerInnen, die bestimmte Regelungen und Strukturen in diesem Feld, im Gegensatz zur Mehrheitsgesellschaft, bestimmen können. Sie haben in dem Sinn also mehr Macht als andere Personen (vgl. Bourdieu 2001: 44-45).

Im Kontext dieser Arbeit sind dies insbesondere die „Eliten“ der EU, sprich EU-Beamte, die politische Entscheidungsprozesse und Strukturen steuern und neben der öffentlichen Mitsprache der UnionsbürgerInnen einen bedeutsam hohen Anteil an Macht innerhalb und außerhalb der EU besitzen.

Dieses politische Feld ist in sich autonom und entwickelt seine eigenen Regelungen und Logik durch die Verselbstständigung. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer *spezifischen Kompetenz*, die sich entwickeln kann (vgl. Bourdieu 2001: 47).

Der Feldbegriff ist ein komplexes sozialtheoretisches Konzept und lässt einen theoretischen Handlungsspielraum für politische und soziale Machtverhältnisse und dessen Dynamiken zu. Dadurch können sich kontinuierlich verändernde Prozesse von Handlungen und Hierarchien sozialer Mächte, die das immer stärker institutionalistisch geprägte Bild der EU besser verdeutlichen, mit dem Feldbegriff besser beschrieben werden, als das Konzept von *structure/agency* (vgl. Favell/ Guiraudon 2009: 565).

AkteurInnen eines politischen Feldes erkennt man daran, dass sie dieses Feld beeinflussen und verändern können. So sind z.B. JournalistInnen zuerst gedacht als Personen, die über ein politisches Feld berichten, jedoch durch ihre aufklärende Tätigkeit bereits selbst einen Einfluss auf das Feld haben und somit auch AkteurInnen werden. (vgl. Bourdieu 2001: 49-50)

Es ist sehr schwer innerhalb der verschiedenen Felder (es gibt mehr als nur das politische; z.B. das religiöse Feld) Grenzen zu ziehen bzw. stellt sich die Frage, wer den Anspruch hat, solche Grenzen aufgrund welcher Begründungen ziehen zu können/dürfen? Grundsätzlich hat jedes Feld eine eigene „Art“ von Macht (ebd. 51).

Die Theorie hinter dem methodologischen Holismus dieser Arbeit ist der Institutionalismus. Dieser geht davon aus, dass Institutionen wichtig und notwendig sind. Im Fall der EU sind das die europäischen Institutionen auf supranationaler Ebene. Wie im methodologischen Holismus, wird menschliches Handeln nicht nur aus dem freien Wählen von unterschiedlichen Alternativen verstanden, sondern vielmehr wird es von gesellschaftlichen Normen, Erwartungen und Traditionen beeinflusst. Daher ist der Staat mehr als die Summe der gesellschaftlichen Individuen, sondern ein Akteur mit „*standard operating procedures and structures that define and defend values, norms, interests, identities, and beliefs.*“ (March/ Olsen 1989: 17 in: Pollak/ Slominski 2012: 63).

Brand (2012) macht darauf aufmerksam, dass es bei der Wissensproduktion- und Weitergabe unsichtbare bzw. nicht sofort erkennbare historische Mechanismen gibt, die kultureller, sozialer, aber auch politischer Natur sind und die Handlungsmöglichkeiten unterschiedlicher AkteurInnen beeinflussen. Um auf diese Mechanismen und Voraussetzungen aufmerksam zu machen, muss kritische Theoriearbeit geleistet werden, die grundlegend für wissenschaftliche Kritiken ist (vgl. Brand 2012: 1).

Brand skizziert den Begriff des *Global Governance*, dessen institutionalistische Theorien zugrunde liegen, jedoch vier wichtige Punkte ausgeblendet werden: die sozio-ökonomische Einbettung von Politik, gesellschaftliche Strukturmuster, unterkomplexes Verständnis nicht-staatlicher AkteurInnen und die mangelnde Theoretisierung des Staats und des Politischen (vgl. Brand 2012 1).

Der Global Governance Ansatz wird stark vom Institutionalismus dominiert, weil das Politische in den Bereich des Staates und intergouvernementalen Systemen angesiedelt wird und zivilgesellschaftliche AkteurInnen ausgelassen werden (vgl. Brand 2012: 2).

Das Thema Macht spielt eine große Rolle bei der Interpretation supranationaler und nationaler Entscheidungsprozesse und dessen Auswirkungen auf die europäische Demokratie. Grundsätzlich gibt es eine Machtbeziehung zwischen der nationalen und supranationalen Ebene. Daher soll nun auf den Begriff der Macht eingegangen werden hinsichtlich der Frage, ob es in der EU eine ausgeglichene Machtverteilung gibt.

Es ist schwer einen Machtbegriff in seiner Vollständigkeit zu definieren, weil es keine generelle Theorie gibt, in welcher verschiedene Fallstudien zum Machtbegriff miteinander verglichen werden können. Dies ist eine Aufgabe, welche die Wissenschaft versucht zu lösen (vgl. Bachrach/ Baratz 1962: 125).

Eine Machtbeziehung besteht, wenn ein Konflikt oder Diskurs bezüglich Güter zwischen Person A und Person B herrscht, wenn die Person B nachgibt und dies tut, damit Person A nicht ihren Gesamtnutzen entzieht. Insofern handelt es sich hier um einen Konflikt, der sich im Machtfeld abspielt (vgl. Bachrach/ Baratz 1962: 128).

Es kann auch zur „falschen Autorität“ kommen, indem Person A Person B eine logisch wirkende „Ausarbeitung“ der Fakten darlegt. Sobald dieses „falsche“ Machtverhältnis aufgedeckt wird, kommt es zu einem Wandel von Autorität zu Macht. Somit existiert eine Wechselbeziehung zwischen Macht und Autorität (vgl. Bachrach/ Baratz 1962: 131).

Oft wird davon gesprochen, dass EU-PolitikerInnen eine falsche Autorität besitzen, weil sie oft zu wenig Sensibilisierung für nationale Themen haben.

Um eine Entscheidung zu tätigen, bedarf es mehrerer Komponenten: Macht, Einfluss, Autorität und Triebkraft. Dies ist jedoch sehr vereinfacht ausgedrückt. Es kommt darauf an, auf welche Komponente besonders stark fokussiert bzw. untersucht wird. Weiterhin wichtig für die Analysen zum Feld Macht und Autorität ist die Frage, wie bzw. warum man keine Entscheidung

trifft. Alles in allen bedurfte es laut Bachrach und Baratz (1962) noch viel Nachholbedarf in der wissenschaftlichen Forschung zu diesem Themenfeld (vgl. Bachrach/ Baratz 1962: 134-135). 53 Jahre später ist die Artikulation und Distribution von Macht immer noch ein wichtiges Thema, vor allem in den Spannungsverhältnissen des europäischen Mehrebenensystems.

Der Kernbereich dieser Arbeit ist die kritische Konzeptualisierung der europäischen Demokratie anhand zweier Themenblöcke. Die Themen europäische Öffentlichkeit und Politisierung der EU werden in Hinblick auf ihre Notwendigkeit und Defizite für eine europäische Demokratie diskutiert. Zunächst werden aber unterschiedliche Ebenen europäischer (Demokratie-) Defizite auf einer analytischen Ebene aufgezeigt.

3. KONZEPTUALISIERUNG EUROPÄISCHER (DEMOKRATIE-) DEFIZITE

3.1 Der Demokratiebegriff der EU

Seit den Verhandlungen zur Einheitlichen Europäischen Akte und die damit verbundene langwierige und schwierige Ratifizierung des Vertrags von Maastricht kam es zu immer stärkerer Kritik gegenüber der EU und dessen Demokratiedefizits. Vor 1986 wurde die EU eher als ein intergouvernementales Projekt zur Wirtschaftskoordination- und Förderung verstanden, und weniger als eine „Bedrohung“ für die nationalen Systeme und deren Souveränität. Zwar gab es bereits 1979 die ersten Direktwahlen des Europäischen Parlaments (EP), welches seitdem immer mehr Kompetenzen bekam, jedoch wird oft argumentiert, dass die Aufwertung des EP nicht ausreichend ist, um ein effizient wirkendes demokratisches EU-System herzustellen (vgl. Pollak/ Slominski 2012: 173-174). Im Gegensatz zur Europäischen Kommission, dem EuGH, dem Europäischen Rat und dem Rat der EU hat das EP jedoch immer noch weitgehend eingeschränkte Kompetenzen und Macht (vgl. Pollak/ Slominski 2012: 182).

Laut der Logik des Nationalstaates (Weiler 1998) kann es durch Transparenz, europäische Öffentlichkeit, AkteurInnen intermediärer Natur und die Rechenschaftspflicht politischer EntscheidungsträgerInnen zu einer Demokratisierung der EU kommen, wobei in diesen Bereichen noch starke Defizite zu vermerken sind (vgl. Pollak/ Slominski 2012: 174).

Der Europäische Rat vom 7./8. April 1978 in Kopenhagen wurde als eine „*Demonstration des allen Mitgliedstaaten gemeinsamen demokratischen Ideals*“ (Bulletin der EG Nr. 3/1978 in: Pollak/ Slominski 2012: 175) beschrieben. Die Kernaussage des Rats war die Notwendigkeit einer europäischen Demokratie. Es wurde argumentiert, dass „*die Achtung und die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie [sind] in allen Mitgliedstaaten wesentliche Elemente ihrer Zugehörigkeit zu den Europäischen Gemeinschaften*“ (ebd. 175).

Diese Statements demonstrieren auf der einen Seite die Wichtigkeit und Notwendigkeit von Demokratie in der EU, auf der anderen Seite wird sie jedoch nur als ein wichtiges Element, nicht aber als der Grundpfeiler der EU verstanden. Während in den europäischen Nationalstaaten Demokratie als Ausgangspunkt und wichtigstes Merkmal eines funktionierenden politischen Systems ist, so scheint sie innerhalb der EU nicht diesen absoluten Stellenwert zu besitzen.

In dem 1997 unterzeichneten Vertrag von Amsterdam, dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) wird die EU als eine Organisation bezeichnet, die auf den Grundsätzen der Freiheit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit basiert (vgl. Art. 49 EUV in: Pollak/ Slominski 2012: 177). Dem EP und den anderen Organen der EU sollten laut dem Vertrag mehr Demokratie und Effizienz zugesprochen werden. Vom EP wurde jedoch die Ineffizienz der Erreichung dieser Ziele kritisiert. Auch der Vertrag von Nizza wurde nur zum Teil als ein erfolgreiches Hilfsmittel zur Demokratieetablierung der EU angesehen (vgl. Pollak/ Slominski 2012: 177).

Erst durch den 2003 vorgelegten Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) wurden die Grundsätze der repräsentativen Demokratie der EU konkretisiert (ebd. 178).

Zum einen heißt es, dass die Arbeitsweise der EU auf einer repräsentativen Demokratie basiert, dass das EP die EU-BürgerInnen vertritt, die Mitglieder des Europäischen Rats und des Rats der EU in den jeweiligen nationalen Parlamenten demokratisch gewählt sind bzw. eine Rechenschaftspflicht gegenüber den BürgerInnen erfüllen müssen, und dass ein europäisches Bewusstsein vor allem durch politische Parteien gebildet werden kann (Art. 1, 2, 3 VVE in: Pollak/ Slominski 2012: 178).

Eines der häufigsten pro-Argumente des Demokratiedefizits der EU, die BürgerInneninitiative, wurde ebenfalls durch den VVE eingeführt:

„Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Zahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verfassung umzusetzen.“ (Art. I-47 Abs. 4 VVE in: Pollak/ Slominski 2012: 178-179)

Die BürgerInneninitiative hat das Ziel politische Entscheidungen zu verändern oder rückgängig zu machen. Dies geschieht jedoch *nach* der Einführung von Verordnungen und Richtlinien und deutet auf die mangelnde Kommunikation von UnionsbürgerInnen und den EU-Institutionen hin. Von daher ist die BürgerInneninitiative - hinsichtlich der Tatsache, dass es überhaupt Richtlinien und Verordnungen gibt, die über eine Million UnionsbürgerInnen verärgern bzw. kritisieren – eher als ein Argument einzusetzen, dass sich gegen eine europäische Demokratie stellt.

„The citizen's initiative, in force since April 2012, appears to be a participatory bottom-up instrument but it also does not change decisionmaking powers as it is only a way of inviting the Commission to make political proposals. Participation is thus an element within the framework of the representative decision-making system. The objective is to involve a wide range of societal interests before decisions are made.“ (Kohler-Koch 2013: 10).

Der VVE wurde jedoch nicht von allen Mitgliedstaaten ratifiziert und scheiterte schlussendlich, wobei die grundsätzlichen Ideen und Vorstellungen des VVE bereits im EUV enthalten waren (vgl. Pollak/ Slominski 2012: 179).

Mit dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) oder Vertrag von Lissabon 2009 bekam die EU eine Fülle an neuen Kompetenzbereichen, die ihr mehr Handlungsfähigkeit einbrachte und ihre Position sehr verstärkte.

Die Hoffnung, dass das Demokratiedefizit der EU durch den AEUV verringert wird, war nach seinem Einsetzen groß.

„Reformbedarf ist immer vorhanden, aber nur selten tritt er dermaßen evident in Augenschein wie bei der Debatte um das Demokratiedefizit. Man kann nur die Hoffnung artikulieren, dass diese durch den Vertrag von Lissabon – trotz manifester Ratifizierungsprobleme in eigenen Mitgliedstaaten – beigelegt werden kann.“ (Pelinka 2010: 30).

Im Jahr 2015 kann jedoch die negative Bilanz gezogen werden, dass sich hinsichtlich verstärkter demokratischer Prozesse nicht viel veränderte.

Hofmann und Wessels (2008) argumentieren, dass durch den Vertrag von Lissabon die Union einen dauerhaften und stabilen institutionellen Rahmen gewinnt, und, dass in der näheren Zukunft keine Änderungen mehr zu erwarten sind (vgl. Hofmann/ Wessels 2008: 4).

Laut den Autoren wird durch den Vertrag von Lissabon der Ausdruck „Gemeinschaft“ durchgängig und mit dem Ausdruck „Union“ ersetzt und ebenfalls ist es interessant, dass sich in der Lissabonner Version des EUV kein Verweis bezüglich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen mehr befindet (ebd. 4).

„In diesem Sinne setzt auch der neu in den Vertrag aufgenommene systematisierende Zuständigkeitskatalog in den Gemeinsamen Bestimmungen des EUV und den

Grundsätzen des AEUV der Unionskompetenz deutliche Schranken auf. Die Grundsätze der Zuständigkeitsordnung (Artikel 4 und 5 EUV) betonen das Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung, die Verhältnismäßigkeit und die Subsidiarität und unterscheiden damit die Position der Mitgliedstaaten als Herren der Kompetenzen (Hofmann/Wessels 2008 7).

Durch den Vertrag von Lissabon kommt es laut den Autoren zu einer Reihe von Veränderungen im institutionellen Aufbau der Union, die zu einer Stärkung europäischer beitragen sollen. Die Formulierungen in diesem Zusammenhang signalisieren aber einen hohen Grad an Mehrdeutigkeit und somit ist dies ausschlaggebend für potenzielle Konflikte innerhalb der Handlungsfähigkeit der Union (ebd. 10).

„Die Übersicht über die Kompetenz-, die institutionelle und die Verfahrensordnung nach dem Vertrag von Lissabon hat die zentralen Dilemmata der Mitgliedstaaten in ihrem Versuch verdeutlicht, für die gegenwärtigen Gestaltungsprobleme einen adäquaten Problemlösungsraum sowie eine möglichst effiziente Verfahrensordnung unter Wahrung nationalstaatlicher Domänen und legitimatorischer Grundanforderungen zu finden.“ (Hofmann/ Wessels 2008: 20)

Die Autoren meinen, dass sich in Zukunft durch die Veränderungen des Regelwerks bei einzelnen Institutionen und Verfahren ein Mehr an Handlungsfähigkeit, demokratischer Mitwirkung und Kontrolle ergeben wird (ebd. 20).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in den offiziellen Dokumenten der EU, aber vor allem in den Verträgen der Begriff der Demokratie eine immer wichtigere Rolle spielte und aus juristischer Perspektive die EU bereits einen breitgefassten demokratischen Rahmen hat. In der politischen Praxis, und besonders nach der Auffassung vieler UnionsbürgerInnen, leidet jedoch die EU immer noch an einem starken Demokratiedefizit. Die Kontextualisierung der Hauptargumente und Gründe dafür, wie das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit, einer ausgereiften Politisierung der EU, politischer Partizipation von seitens der UnionsbürgerInnen und der „Souveränitätsverlustphobie“ der Mitgliedstaaten, werden im weiteren Verlauf der Arbeit dargestellt.

3.2 Das Lerndefizit der EU

„Lehren und Lernen ist nur insofern sinnvoll, als neu gewonnene Erkenntnisse, Erfahrungen und Haltungen eine Bedeutsamkeit für denjenigen Lebensbereich der Teilnehmer gewinnen, aus dem heraus zuerst der Anlass für die Teilnahme entstanden ist.“ (Terhart 2009: 52)

Hall (1993) stellt sich vor allem die Frage welche Aktionen und Handlungen verschiedene Prozesse in einem Staat bzw. seiner politischen Struktur auslösen. Diese Prozesse bewirken seiner Meinung nach soziales Lernen, welches immer im Staat selbst vorhanden ist. Somit verbindet Hall gesellschaftliche, soziale und politische Prozesse mit sozialem Lernen, das schlussendlich eine Veränderung in der Gesellschaft bewirken soll. Er beschreibt diesen Prozess als „*policymaking as social learning*“. (vgl. Hall 1993: 275-276)

„After all, the concept of social learning implies that ideas are central to policymaking [...]“ (Hall 1993: 279).

Eine Möglichkeit soziales Lernen und eine damit verbundene Politisierung in der EU zu fördern, wurde versucht durch die Offene Methode der Koordinierung (OMK) zu schaffen. Beim Europäischen Rat 2000 in Lissabon wurde erstmals die Lissabon Strategie mit folgenden Konzepten eines sozialen Lernens im europäischen Mehrebenensystem beschlossen:

- *‘Fixing guidelines for the Union combined with specific timetables for achieving the goals which they set in the short, medium and long terms;*
- *Establishing, where appropriate, quantitative and qualitative indicators and benchmarks against the best in the world and tailored to the needs of different Member States and sectors as a means of comparing best practice;*
- *Translating these European guidelines into national and regional policies by setting specific targets and adopting measures, taking into account national and regional differences;*
- *Periodic monitoring, evaluation and peer review organised as mutual learning processes (Council of the European Union 2000)*

Laut Schäfer (2004) sind die Charakteristika der OMK ihre Flexibilität bezüglich der Adaption von Policy Initiativen und die Freiwilligkeit der Mitgliedstaaten an dem Prozess der offenen Koordinierung und Vernetzung teilzunehmen, was ihnen erlaubt ihre nationale Souveränität beizubehalten. Der hohe Grad an Flexibilität des Prozesses und der Verhandlungen erlaubt

flexible Zustimmungen der Mitgliedstaaten und kann durch den *soft law*-Charakter gewisse Themen und Problematiken effizienter behandeln, weil es zu nicht rechtskräftigen Beschlüssen und Vorschlägen kommt und von daher VertreterInnen der Mitgliedstaaten dazu tendieren stärker ihre Meinung zu vertreten, weil die Angst vor ewigen Verhandlungen bis zu einem endgültigen Ergebnis wegfällt. Dadurch kommt es zu mehr politischen Diskussionen zwischen relevanten AkteurInnen der EU, was schlussendlich die Politisierung der EU anregt. Die OMK repräsentiert außerdem symbolische Politik aufgrund der Entschlossenheit der Mitgliedstaaten an dem kollektiven Lernprozess teilzunehmen (Schäfer 2004: 11). Somit wäre die OMK eine effiziente Möglichkeit die EU zu politisieren und einen Austausch von Interessen, Meinungen, Erfahrungen und Vorschlägen zu gewährleisten.

Dass jedoch die EU neben dem Demokratiedefizit auch ein Politisierungsdefizit – das ein möglicher Grund für das Fehlen einer legitimierten Demokratie ist – verzeichnet, zeigt sich am Scheitern der OMK.

Kröger (2009) argumentiert, dass die Defizite des kollektiven Lernens auf EU-Ebene und die hohe Varietät von nationalen Interessen auf einer Makro- und Mikroebene analysiert werden können.

Die unterschiedlichen nationalen Interessen, präsentiert und artikuliert im Rat der EU, spielen eine wichtige Rolle in der Ineffizienz der OMK auf der Makroebene, weil die Instrumentalisierung der OMK oft den kollektiven Lernprozess hindert. In vielen Fällen herrscht eine Diskrepanz zwischen den Empfehlungen und politischen Leitlinien des Rats der EU und dem offenem Lernprozess. Des Weiteren gibt es schlicht und einfach oftmals nicht viel Koordinierung und Kooperation zwischen den in den Prozess involvierten Stakeholders und Policy Makers.

Die Mikroebene, oder das nationale Level, ist vor allem durch fehlende Miteinbindung von subnationalen AkteurInnen, wie ExpertInnen verschiedener Politikbereiche, aber auch nationalen NGOs, gekennzeichnet. Resultierend daraus, müssen sich die relevanten AkteurInnen der OMK eingestehen, dass bottom-up Lernen ein schwieriger Prozess ist, der zwar in der teils zu oberflächlichen und enthusiastischen Lissabon Strategie das Hauptziel der OMK darstellt, jedoch nicht erreicht wurde und von daher kein „Mehr“ an europäischer Politisierung durch die OMK stattgefunden hat (Kröger 2009: 6).

Des Weiteren waren die Policy Papers der OMK schlussendlich nicht so transparent wie in der Lissabon Strategie vorgeschlagen. Viele wichtige Inputs von nationalen Erfahrungen wurden

in den offiziellen Papers nicht angeführt. Vielmehr wurden recht oberflächliche Policy Outcomes und Good Practice Beispiele dargestellt, die jedoch nicht detailliert genug waren um sie effizient in anderen Mitgliedstaaten umsetzen zu können (ebd. 6).

Das Fehlen einer Politisierung durch nationale und supranationale Interaktionen wird durch das häufige Fehlen einflussreicher PolitikerInnen und nationalen, wie auch europäischen AkteurInnen verdeutlicht. Die Kritik geht in die Richtung, dass meist „nationale BürokratInnen“ in den OMK Sitzungen sitzen, die vielmehr nationalen Interessen nachgehen als einen europäischen Kompromiss zu finden. Auch die Sprachbarriere stellt sich hier als Problem dar, weil viele nationale PolitikerInnen nicht gut genug Englisch sprechen um sinnhaft zu argumentieren und zu kommunizieren. Die Outcomes der OMK Treffen werden schlussendlich meist mangelhaft in den nationalen Ministerien kommuniziert und innerhalb der Abteilungen und Regierungen distribuiert (ebd. 6).

Die OMK wäre in ihrer Struktur und Grundidee eine ideale Plattform zur Politisierung der EU, denn es ist ein Ort des politischen Austausches, Diskussion und Lernen. Somit hätten neue Ideen auf Basis von nationalen Erfahrungen geschaffen, und in einen supranationalen Kontext gebracht und implementiert werden können. Politische Ideen sind ausschlaggebend für Politisierung, ohne die Kommunikation und Vermittlung neuer Ideen und Vorschläge, kommt es jedoch zu keiner.

PolitikexpertInnen argumentieren, dass die OMK nur eine marginale Rolle im europäischen Lernprozess und der europäischen Politisierung spielen wird aufgrund der eingeschränkten Partizipation von relevanten AkteurInnen und der schwachen Informationsproduktion der OMK (vgl. Idema/ Kelemen 2006: 115).

Obwohl das Hauptziel der OMK und anderen „*soft modes of governance*“ die Stärkung von Partizipation, Politisierung und Transparenz ist, hat sie zu einem gewissen Ausmaß das Demokratiedefizit der EU verstärkt, weil ihr Scheitern für viele EU-SkeptikerInnen ein Indiz für das fehlende Interesse nach einem europäischen Gemeinwohl ist. Weder EU-Abgeordnete noch nationale PolitikerInnen scheinen Interesse an einem starken politischen Austausch und Lernprozess zu haben (ebd. 116).

3.3 Tendenzen einer Denationalisierung

Kein Staat ist notwendigerweise demokratisch; aber ein Nicht-Staat ist definitionsgemäß nicht demokratisierbar.“ (Balibar 2001: 120)

Die Grenzen der Nationalstaaten sind im heutigen Kontext immer verschwommener und abstrakter anzusehen. Daher ist zum Beispiel das Phänomen der transnationalen Migration im Prinzip nicht mehr als Phänomen anzusehen, sondern als Produkt der Globalisierung und Technologie. Innerhalb des Prozesses der Entstehung und Kooperation globaler Firmen, Märkte und supranationalen Institutionen auf transnationaler Ebene, sieht man die komplexen Zusammenhänge von Globalisierung und Nationalstaaten. Durch die globale transnationale Weltwirtschaft scheinen nationale Wirtschaftsformen ihre Souveränität zu verlieren, während es auch zu einer Verschiebung von nationalen *Public Governance*-Funktionen zu transnationalen privaten Bereichen kommt.

Transnationalismus ist eine Form, die sich auf die Kooperation zweier oder mehrerer Staaten bezieht und daher globale Prozesse oft in nationalen Bereichen eingebettet sind. So ist vor allem die Infrastruktur, welche Hypermobilität von finanziellem Kapital auf globalem Ausmaß ermöglicht, im Bereich von diversen nationalen Territorien anzusetzen. Diese Entwicklungen signalisieren eine Transformation der Artikulation von Souveränität und Territorialität, die im 20. Jahrhundert den modernen Staat und interstaatliche Systeme kennzeichneten und, beginnend im Ersten Weltkrieg, schließlich in der Phase der Pax Americana kulminierte.

Die Denationalisierung bestimmter nationaler Institutionen zeigt, dass Globalisierung in diesem Verhältniskonstrukt als etwas gesehen werden kann, das einen direkten Einfluss auf exklusive nationale Territorialitätsprinzipien hat, und weniger auf Territorialität *per se*.

Der Prozess der Denationalisierung kann sich nicht auf eine geografische Konzeption beschränken, denn diese höchst spezialisierte und strategische Denationalisierung von spezifischen institutionalisierten Bereichen, wie zum Beispiel in Manhattan und der City of London, zeigt sich in free trade zones, die jedoch nicht als eine geografische Entität deren Funktionen und Regulierungen bestimmen, sondern vielmehr im Zuge eines speziellen funktionalen und institutionellen Gebietes, welches denationalisiert wird. Durch diese disproportionierte Konzentration der globalen Städte kommt es zur Reterritorialisierung sogar in den am höchsten globalisierten, digitalisierten und teilweise dematerialisierten Industrien und Märkte, insofern beachtet wird, dass innerhalb Reterritorialisierung eigene Konditionen in

Form komplexer und dynamischer Interaktionen zwischen nationalen und staatlichen Autoritäten stattfinden (vgl. Sassen 1999: 202-203).

Transnationalismus wurde vor allem auf wirtschaftlicher Ebene ein Begriff, da schnell erkannt wurde, welche enorme Rolle transnationale Konzerne innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft spielen.

Sabine Strasser definiert Transnationalismus über grenzüberschreitende Beziehungen im Zuge von transnationalen sozialen Netzwerken. Solche transnationalen Beziehungen helfen UnionsbürgerInnen das Risiko der Migration zu verringern und die Potenziale des Lebens außerhalb des Geburtslandes besser zu nutzen. In diesem Kontext werden soziale, ökonomische und politische Beziehungen zum Geburtsland aufrechterhalten, um sich vor Abwertungen zu schützen, neue Zugehörigkeiten zu etablieren, oder aber auch um das Potenzial aus mehreren Kontexten effizient zu nutzen (vgl. Strasser 2009: 73).

Transnationale Prozesse sind innerhalb Erfahrungen von Individuen und Familien, verbunden mit ihren täglichen Aktivitäten, Sorgen, Ängsten und Leistungen, verortet. Welche Faktoren und Beweggründe gibt es nun, dass sich transnationale Lebensräume und Prozesse bilden und wie geht die EU damit um? Es soll darauf hingewiesen werden, dass das Verhältnis zwischen transnationalen und supranationalen politischen Strukturen noch nicht geklärt ist.

Anhand verschiedener Strukturen wird versucht, eine adäquate wirtschaftliche Basis für die Mehrheitsgesellschaft gewährleisten zu können. Einzelnationen verlieren ihren Charakter und Dominanz, weil sie in ein größeres Gespann von Nationen, Ideen, Beziehungen und Abhängigkeiten verstrickt sind. Das nationale Verständnis des *einen* Staat hat sich vor allem durch Migrationswellen, Globalisierung und fortlaufende koloniale Strukturen verändert. Die Tendenzen laufen in die Richtung weg vom Gedanken *eines* Staates, der alles andere als minderwertig empfindet, wie im damaligen Nazi-Deutschland. Diese Strukturen sind jedoch noch nicht völlig verschwunden, und es wird sich in der Zukunft herausstellen, ob man etwas von der Geschichte gelernt hat und dadurch eine Katastrophe wie den Zweiten Weltkrieg nicht mehr entstehen kann (vgl. Seeger 2008: 236).

Grundsätzlich gibt es im Jahr 2015 zwei Tendenzen, die eine ist ein Mehr an Nationalismus durch außenpolitische Bedrohungen und populistische nationale Parteien in den Mitgliedstaaten und die andere ist der Verlust eines Nationalgefühls bei vielen UnionsbürgerInnen, vor allem hinsichtlich transnationaler Netzwerke und Globalisierung. Während die erneute Zunahme des

Nationalismus in der wissenschaftlichen Debatte große Aufmerksamkeit erlangt, wird die Bedeutung einer Denationalisierung oftmals vernachlässigt.

3.4 Schwierigkeiten des Mehrebenensystems am Beispiel Österreichs

„Mit dem Inkrafttreten des Beitrittsvertrages am 1.1. 1995 kam es zur größten Änderung seit Entstehen und Bestehen der demokratischen Republik Österreich.“ (Öhlinger 2007: 81)

Durch die Mitgliedschaft in der EU haben sich die Positionen der Exekutive und Legislative insofern verändert, dass die Exekutive mehr „Macht“ erhielt und Österreich als ein Wirtschafts- und Sozialstaat aufgerüstet hat (ebd. 82).

Der Beitritt zur EU bewirkte eine *„Gesamtänderung der Bundesverfassung“* (ebd. 83) und verlangte daher nach einer Volksabstimmung. Man spricht von einer Gesamtänderung, wenn sich mindestens eines der Grundprinzipien der Bundesverfassung durch andere Einflüsse, wie beispielsweise die EU, verändert. Die größte Folge durch die Gesamtänderung ist die Unterordnung des österreichischen Rechts unter das Gemeinschaftsrecht. Somit veränderten sich leitende Prinzipien der Bundesverfassung, resultierend daraus ist der Umstand, dass das nationale Verfassungsrecht an seiner Wichtigkeit verlor (ebd. 83-84).

Insgesamt kann die Verbindung von Gemeinschaftsrecht und staatlichem Recht als sehr schwierig eingestuft werden. Jedoch ist das Gemeinschaftsrecht immer mit staatlichen Recht verbunden, wobei das jeweilige Verwaltungsorgan bestimmen kann inwiefern gemeinschaftsrechtliche Regelungen anzuwenden sind (ebd. 86).

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die *„strukturelle Amerikanisierung des österreichischen Rechts“*. (ebd. 87.) Damit ist gemeint, dass Österreich als Teil der EU dazu beiträgt, dass sich Europa als Ganzes, zumindest aus den EU Mitgliedsländern, international auf wirtschaftlicher und kultureller Ebene positioniert. Diese Positionierung ist mit der Gegenüberstellung bzw. Selbstbehauptung gegenüber den USA verbunden.

Eine große Schwierigkeit bürokratischer Natur ist die verwendete Sprache des Gemeinschaftsrechts, denn es ist in den 24 Amtssprachen der EU festgelegt und macht eine vereinheitlichte Durchführung und Interpretation schwierig (ebd. 87).

Des Weiteren gibt es das Problem der Umsetzung des Gemeinschaftsrechts, denn es sind meist 10 selbstständige Durchführungsgesetze notwendig, die das Gemeinschaftsrecht anfälliger für

Fehler machen. Außerdem kommt es oft zu verzögerten Umsetzungen, vor allem auf der Landesseite. Durch die Gegensätzlichkeit des Gemeinschaftsrechts zur österreichischen Kompetenzverteilung müssen die Länder und der Bund oft sehr komplizierte und zeitaufwendige Regelungen der Durchführung treffen (ebd. 91).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass das Bundesverfassungsgesetz den höchsten Rang im österreichischen Recht verloren hat, zugunsten des Gemeinschaftsrechts. Öhlinger (2007) rät zu einer Verfassungsreform, denn die rechtsstaatlich-demokratische Verfassung der EU steht der österreichischen Verfassung divers gegenüber (ebd. 94-95).

Pelinka (2010) meint, dass es in den ersten Jahrzehnten nach 1945 aufgrund der unvermeidlichen Differenzierung zwischen der allgemeinen europäischen und einer EG- bzw. EU-Ebene zu Problemen der ÖVP und SPÖ kam. Die beiden Großparteien hatten gegenüber anderen europäischen Parteien einen besonderen Status, weil sie eine Mitgliedschaft der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft aus neutralitätspolitischen Gründen nicht annahmen (vgl. Pelinka 2010: 54).

Des Weiteren ist zu bedenken, dass die europäischen Parteien eher als Dachverbände nationaler Parteien, und nicht als eigenständige Parteien zu kontextualisieren sind. Zwar werden durch strukturelle Rahmenbedingungen nationale Parteien in Richtung Europäisierung veranlasst, jedoch sind sie nur Parteien, sobald sie sich in der fraktionellen Struktur des EP spiegeln und daher ist der Terminus „Partei“ eine Zielvorstellung, nicht jedoch die Realität der europäischen Politik (ebd. 56).

Pelinka argumentiert weiter, dass ÖVP, SPÖ und GRÜNE in ein europäisches Parteiensystem integriert wurden, das aber weitgehend unfertig und in seiner Erweiterung und Vertiefung noch nicht abgeschlossen ist (ebd. 57).

Ein weiterer interessanter Punkt ist, dass der Einfluss des Europäischen Parlaments auf die Zusammensetzung der EU-Kommission die öffentliche Meinung kaum bewegt bzw. die Frage wer in Österreich im Zuge einer Nationalratswahl in die Regierung kommt eigentlich der dominante Mobilisierungsfaktor der österreichischen Politik ist und nicht etwa wer in das EP einzieht (ebd. 58).

Es herrscht eine „fehlende Motivation“, die Pelinka folgendermaßen ausdrückt: *„Die strukturellen und funktionalen Probleme, die eine weitere und tiefere Europäisierung verhindern, finden ihren Ausdruck nicht nur in der geringen Wahlbeteiligung, sondern auch in der Begründung dafür: Das von den Wahlberechtigten, die bei der EP-Wahl 2009 nicht*

wählten, am häufigsten genannte Motiv für ihr Verhalten war, dass sie kein Interesse für EU/Europäisches Parlament hätten.“ (ebd. 59)

Schlussendlich wird argumentiert, dass die EU eigentlich *in limbo* verweilt. Es fehlen Motivation, Interesse und das Fehlen von Impulsen zur Erweiterung bzw. Vertiefung der Europäisierung der Parteien und Verbände. Somit kommt es zu einer Wechselwirkung, denn durch die fehlende Vertiefung der EU kommt es auch zu Defiziten bei der Europäisierung der Parteien und Verbände. Somit kann gesagt werden, dass die mangelnde Europäisierung der österreichischen Parteien vielmehr über den Zustand der EU als über Österreich aussagen (ebd. 63).

Es gilt aus heutiger Sicht verifiziert, dass durch die EU-Rechtssetzung einzelne Mitgliedstaaten innerhalb ihrer Legislativen einen Kompetenzverlust erfuhren und eine „exekutivlastige“ Gesetzgebung entstand (vgl. Gschiegl/ Ucakar 2010: 19).

Weil autonome Gesetzgebung von Gliedstaaten und vernetzte Legislativen zu den Essentialen der bundesstaatlichen Systeme zählen, wurden auch in Österreich nach seinem EU-Beitritt bestimmte Mechanismen eingebracht, um österreichische VertreterInnen zu determinieren (vgl. Gschiegl/ Ucakar 2010: 20).

Laut Art. 1 B-VG geht das Recht der Republik „vom Volk aus.“ Vertretend dafür stehen der Nationalrat, Bundesrat und die Landtage. Durch den Beitritt Österreichs zur EU wurde jedoch dieses demokratische Prinzip durchbrochen, indem Rechtssetzungskompetenzen auf Organe der EU, wie die Europäische Kommission, übertragen wurden (ebd. 21).

Es kam aufgrund des Kompetenztransfers von nationalstaatlicher auf europäischer Ebene zu einem Verlust des Rechtsetzungsmonopols Österreichs, was jedoch zu vielen Zuständigkeiten führte, weswegen man den National- und Bundesrat ebenfalls einband (ebd. 22).

Der Hauptausschuss des Nationalrats kümmert sich um das Primärrecht und der EU-Unterausschuss um das Sekundärrecht, wie z.B. die Dienstleistungsrichtlinie. Da jedoch kein großes Interesse an Sitzungen zu herrschen scheint, finden solche in der Form eines Unterausschusses nur circa fünf Mal im Jahr statt (ebd. 24).

Wird ein selbstständiger Wirkungsbereich eines Landes von einem Vorhaben betroffen, können Stellungnahmen verbindlicher Natur abgegeben werden, die nur von den zuständigen BundesministerInnen eine Abänderung erfahren können (ebd. 24).

„Bei der Implementierung einer Richtlinie gilt es vor allem, die Frage der jeweiligen Zuständigkeit zu klären, und ob zur Umsetzung ein Gesetz beschlossen oder eine Verordnung erlassen werden soll. Der österreichische Gesetzgeber ist bei der Umsetzung von Richtlinien zumeist relativ unkreativ und übernimmt meistens den Wortlaut der Richtlinie in formelles Gesetzesrecht.“ (ebd. 28).

Die österreichische EU- Mitgliedschaft hat die Rolle eines relevanten innerstaatlichen Akteurs. Im Rahmen der Rechtssetzung erfuhren die österreichischen Exekutivorgane eine Aufwertung, weil diese als zentraler Bereich für europäische Fragen wurden (ebd. 30).

Schlussendlich soll angemerkt werden, dass die EU eine politische Konstruktion ist und als ein historisch fundierter aber in einer dynamisch sozialen Entität verankerter Prozess wahrgenommen werden muss, der strukturell nachhaltig sein muss und eine soziale Reproduktion verlangt, um zu überleben (vgl. Favell/ Guiraudon 2009: 569).

Die Probleme der supranationalen Umsetzung in die österreichischen politischen Strukturen und das Demokratiedefizit Österreichs zeigen, dass eine Forcierung der nationalen demokratischen Strukturen wichtig ist, um eine europäische Demokratie zu etablieren.

Im nächsten Schritt wird auf das Konzept der europäischen Öffentlichkeit eingegangen und dessen Legitimation analysiert. Schlussendlich soll die Frage, ob es überhaupt eine europäische Öffentlichkeit gibt, beantwortet werden.

4.EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHKEIT

4.1 Europäische Identität

Eine europäische Identität ist notwendig für eine europäische Öffentlichkeit. Wenn von einer europäischen Öffentlichkeit gesprochen wird, stellt sich unmittelbar die Frage was Öffentlichkeit an sich bedeutet und was notwendig ist, um eine Öffentlichkeitsstruktur zu erkennen. Da es bei Öffentlichkeit um etwas Gemeinsames und Verbindendes geht, das sich aus identitätsstiftenden Merkmalen zusammensetzt, muss zuerst das Konzept der europäischen Identität hinterfragt werden.

Bei der Hinterfragung von Identität beginnt man meist auf der individuellen Ebene mit der Frage „Wer bin ich?“. Versucht man dann die europäische Identität zu konzeptualisieren, wird die Frage „Wer sind wir und wo kommen wir her“ wichtig. Die grundlegende Frage hierbei ist aber warum man das Individuum überhaupt ins Plural setzt. Dies ist meist durch zwei Umstände bedingt: zum einen durch eine gemeinsame Situation, die sich im Zuge einer historischen Tiefendimension und einer Zukunftsperspektive ausdrückt. Eine Gruppe oder Gemeinschaft hat die gleichen Erfahrungswerte und Vorstellungen von der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Dies hat gemeinsame Werte und Bedeutungen einer Gruppe, Gemeinschaft oder Gesellschaft als Effekt. Somit kommt es zu einer gemeinsamen „Sinnwelt“ und ist eine wichtige Prämisse für eine europäische Identität, die auch als eine supranationale Form kollektiver Identität verstanden werden kann (vgl. Schneider 1998: 398).

Zum anderen ist Identität eine Form der Abgrenzung. Identität ist immer die Unterscheidung zwischen zwei Personen, Gruppen oder Gesellschaften. Während es bei der individuellen Identität um die Unterscheidung zwischen dem Selbst und dem Anderen geht, spielt bei der kollektiven Identitätsbildung die bewusste oder unbewusste Unterscheidung zwischen „uns“ und „denen“ eine wichtige Rolle. Die Kleingruppenforschung ist der Ansicht, dass Gruppenidentität vor allem durch die Identifizierung eines gemeinsamen Feinds passiert (ebd. 399).

Der Hauptpunkt ist jedoch jener, dass das Selbst immer vom Anderen abhängig ist und beide nicht ohne den anderen im Sinne einer Koexistenz existieren können. Somit war die Kolonialisierung von „anderen“ Staaten und Personen wichtig und notwendig für die europäische Definition vom Selbst und ist ein unabdingbarer Teil der europäischen Identität. Die Kolonialisierung propagiert einen Mythos der Unabhängigkeit, wobei klar ist, dass Europa

sehr stark von den kolonialisierten Ländern in Bezug auf materielle Ressourcen und psychologische Bekräftigung abhängig ist.

Wegen diesen Auslöschungen und Exklusionsmechanismen neoliberaler Staatsmächte und deren Strukturen sind jene konsolidiert und ständig durch neue transnationale Formen und Ströme reproduziert (Agathangelou/ Ling 2005: 831).

Ein weiteres wichtiges Element bei der Entstehung einer kollektiven Identität ist kollektives Handeln und Verantwortung. Kollektives Handeln benötigt VerantwortungsträgerInnen um der Repräsentationsverwirklichung einer kollektiven Identität eine „Autorisierung“ zu ermöglichen, denn dadurch bekommt das Kollektiv einen Namen und die Gemeinschaft wird zur „kollektiven Akteurin“. Im Kontext der EU ist mit Autorisierung die Entstehung politischer Institutionen im Polity Building-Prozess gemeint. Politische Institutionen leisten eine existentielle Repräsentation der kollektiven Identität und repräsentieren die Leitideen autorisierter Personen und Gruppen (ebd. 399).

Die politischen Institutionen der EU haben sich erstmals nach der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) 1951/52 etabliert. Der Autorisierungsprozess von den damaligen Ländern Frankreich, der Bundesrepublik Deutschland (BRD), den Niederlande, Italien, Belgien und Luxemburg gilt zum einen als der Beginn der europäischen Integration und zum anderen als der erste Schritt einer europäischen Identität (vgl. Wessels 2008: 62).

4.2 Die Anfänge europäischer Identität

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die politische, wirtschaftliche, wie aber auch soziale Struktur Europas weitgehend geschwächt und musste sich neu definieren. Auf der Ebene internationaler Politik standen sich die demokratisch-kapitalistischen USA und die undemokratisch-sozialistische UdSSR gegenüber, innerhalb dessen Europa als eine Art „Dritte Kraft“ fungierte, die vor allem von den sozial- und sozialistisch-demokratischen, aber auch bürgerlichen Lager angetrieben und propagiert wurde. Schlussendlich wollte man im Zuge eines erfolgreichen westeuropäischen Wiederaufbaus ein Gegengewicht zum US-amerikanischen Kapitaldruck erzeugen.

Die Stabilisierung und angestrebte Etablierung Europas im Spannungsfeld der USA und UdSSR stand besonders unter dem Gesichtspunkt ökonomischer und wirtschaftspolitischer Aspekte, in denen die europäische Wirtschaft als ein zentraler, primärer und integrativer Ansatz zum Aufbau einer „Dritten Kraft“ fungieren sollte. Zunehmend kam es zu Konzepten wie der Schaffung von gemeinsamen Ausschüssen für Verteidigung, Zollpolitik und den Wiederaufbau Europas. Die europäische Avantgarde dieser Zeit, zu der unter anderem Robert Schuman, Paul

van Zeeland und Jean Monnet gehörten, sprach im Zusammenhang mit dem „Dritte-Kraft-Konzept“ bereits von einer „Europäischen Union“, die eine regionale Körperschaft der Vereinten Nationen, mit der besonderen Berücksichtigung der Wahrung der Eigenheiten der ihr angehörenden Staaten, darstellen sollte (vgl. Elvert 2006: 37).

Somit wurde der Gedanke eines souveränen Europas weiter ausgearbeitet und spielte eine identitätsstiftende Rolle für das damalige Westeuropa, dessen politische, koloniale und wirtschaftliche Vorherrschaft gegenüber dem Rest der Welt verblasste und die damalige *Europa Regina* vielmehr die Rolle eines Schauplatzes von West-Ost Interessenskonflikten darstellte.

Während der Zeit des Zweiten Weltkrieges hatte die Anti-Hitler-Koalition aus West-Alliierten und der Sowjetunion ihre inneren Interessenskonflikte, wie auch ihre weltanschaulichen und politischen Gegensätze außen vor gelassen. Nach dem Krieg führten jedoch diese Gegensätze zu einem Spannungsfeld innerhalb der internationalen Beziehungen und Politik, was spätestens bei der Konferenz von Jalta im Februar 1945 klar wurde (vgl. Marschner 2011: 23).

Durch die 1947 eingeleitete Truman-Doktrin, welche unter dem Motto „Freiheit gegen Totalitarismus“ stand, erhoben die USA universelle Ansprüche, welche als Rechtfertigung von Interventionen in innere Konflikte wie in Griechenland, Korea und Vietnam, ihre Legitimierung fanden. Europa inmitten dieser hegemonialen Strukturen der USA und Sowjetunion fand sich in einer Situation wieder, in der Europa ganz klar kein *Global Player* innerhalb der internationalen Politik war. Europa war vielmehr durch diesen Konflikt gekennzeichnet, indem Westeuropa und Teile Mitteleuropas von einem kapitalistisch fordistischen System geprägt waren, während Osteuropa im Zuge unterschiedlicher Sowjetisierungsphasen vom Moskauer Kreml aus regiert wurde.

Prinzipiell war jedoch die Abgrenzung Europas zur Sowjetunion und der UdSSR durchaus stärker und wichtiger als die gegenüber den USA. Wobei gesagt werden muss, dass aus politischer Sicht von einem Europa an sich nicht gesprochen werden kann, denn durch den Eisernen Vorhang kam es zu einer Grenzziehung zwischen West- und Osteuropas, die von unterschiedlichen Ideologien und politischen, wie auch wirtschaftlichen Systemen geprägt waren.

Der Druck der zwei Mächte auf Europa bzw. der Ost-West Konflikt an sich wurden besonders in ihren Interessensfragen spürbar, indem sich die USA mit dem amerikanischen Marshall-Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas und die Sowjetunion mit der Gründung der

Kominform zur Vereinigung aller kommunistischen Parteien der Welt gegenüberstanden (vgl. Marschner 2011, 23).

Westeuropa definierte sich besonders durch die Abgrenzung gegenüber der Sowjetunion und auch den USA, denn die wirtschaftliche Unabhängigkeit Europas war neben der Friedenssicherung zentrales Motiv zur Selbstwahrnehmung der west- und mitteleuropäischen Länder.

Zusammenfassend gibt es fünf Formen von Selbst- und Fremdzuschreibungsbeziehungen, bezogen auf die Vormachtstellung der USA gegenüber Europas:

1. Ein Verständnis von Herrschaft, das Macht anhand von staatszentrischen und Territorien einnehmenden Eigenschaften als Kontrolle rationalisiert.
2. Eine Hierarchie auf einem globalen Level in Bezug auf Ressourcen und Leistungen welche impliziert, dass reiche und mächtige Personen bzw. Staaten nur dann in dieser Position bleiben können, solange andere arm sind.
3. Eine Haltung um die Normalität einer Hegemonie zu kodieren, welche unterschiedliche Standards setzt, der sich andere Staaten und Personen anzupassen haben.
4. Den Anspruch auf Legitimität, was dazu führt, dass einige Personen und Staaten als richtig und korrekt, andere als falsch und unglaubwürdig konotiert werden.
5. Eine singuläre und nicht ausreichende Definition von Macht, in der das Selbst dem Anderen etwas aufdrängt, dem das Andere zuzustimmen hat (vgl. Agathangelou/ Ling 2005: 831).

Das wichtigste Argument in diesem Zusammenhang ist jenes, dass das Selbst immer vom Anderen abhängig ist und beide nicht ohne den anderen im Sinne einer Koexistenz existieren können. Somit war die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit gegenüber den USA wichtig und notwendig für die Identität vieler europäischer Staaten, wie aber auch deren Integration.

In diesem Zusammenhang erscheint es sinnvoll die erste Schritte einer europäischen Identität nach dem Zweiten Weltkrieg aus einer neorealistischen Perspektive zu betrachten.

„Für den Neorealismus ist diese Rationalität die einzig angemessene Antwort auf das postulierte anarchische Staatensystem. Moral ist demzufolge nur in dem Maße wirksam, wie

sie durch physische Macht erzwungen wird. Dem Neorealismus hat dies den Anschein verliehen, eine nicht-normative Theorie zu sein.“ (Cox 1981: 2011: 48)

Die Sicherheit innerhalb eines postulierten zwischenstaatlichen Systems hängt davon ab, dass alle die neorealistische Rationalität als Handlungsanleitung annehmen (ebd. 48).

Es gibt eine Auseinandersetzung und Debatte zwischen Neorealisten und liberalen Internationalisten, dessen Grundlage die unterschiedlichen Anschauungen zum Wesen des Menschen, des Staats und Staatensystems sind. Man geht aber davon aus, dass die menschliche Natur und die menschlichen Institutionen ident mit der menschlichen Geschichte sind (ebd.49). Der Neorealismus vertritt den Ansatz, dass Gruppen oder Individuen in einer anarchischen Gesellschaft leben und in ein Sicherheitsdilemma fallen, wodurch es zu Angst untereinander kommt und eine Machtpolitik entsteht. Die Staaten sind noch im Naturzustand, was sich im Menschenbild von Thomas Hobbes niederschlägt. Es geht um ein soziales Problem als Ursache für die Machtkonkurrenz – das Sicherheitsdilemma. Beim Neorealismus geht der Staatsbegriff mit dem Sicherheitsdilemma einher, denn Staaten haben Angst voreinander und weniger die tatsächliche Machtsucht der Menschen treibt zur Machtpolitik. Somit findet ein Wettlauf um die Sicherheit statt (vgl. Ten Brink 2008: 131-132).

Das vom Krieg geschwächte Europa musste sich aus einer neorealistischen Betrachtungsweise innerhalb eines anarchischen Selbsthilfesystems eigenständig um die eigene Sicherheit und Wirtschaft kümmern.

Die wesentlichen AkteurInnen waren die europäischen Staaten und ihr zentrales Anliegen war die Wirtschaft zu *sichern* und durch die Etablierung der Wirtschaft im internationalen System mehr *Macht* zu erhalten.

Wenn schlussendlich von einer europäischen Identität nach dem Zweiten Weltkrieg gesprochen wird, dann geschah diese im Zuge verschiedenster Konstellationen in der internationalen Politik: erstens forderten die USA einen Zusammenschluss der westlich geprägten europäischen Staaten, zweitens lag es im eigenen Interesse Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) EGKS ihre Wirtschaft wieder anzukurbeln und drittens wurde durch die Gründung der EGKS nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Stärkung vieler west- und mitteleuropäischen Staaten angestrebt, die einen Schutz vor dem kommunistischen Osten darstellte.

4.3 Identität durch Integration

In Hinblick auf die Identitätsbildung der EU ist der Prozess der europäischen Integration ausschlaggebend, weil Integration ganz besonders als Abgrenzungsmechanismus Europas gegenüber den USA und der damaligen Sowjetunion begriffen werden kann.

Die Gründung der EGKS beruht neben dem von den USA ausgehenden Gedanken eines vereinigten Europas, vor allem auf der Angst vor der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion. Diese zwei Formen der Angst unterscheiden sich jedoch grundlegend: während vor allem Frankreich und andere westeuropäische Staaten Angst vor der wachsenden wirtschaftlichen Macht der Bundesrepublik Deutschland hatten, ging von der Sowjetunion eher eine atomare Spannung aus, die zur Furcht vor einem Atomkrieg führte. Die Motive für die Gründung der EGKS waren somit auch die BRD stärker zu integrieren, denn durch den Zusammenschluss der Kohle- und Stahlproduktion hatte vor allem Frankreich die wirtschaftliche Lage der BRD besser im Auge, und die weiteren vier EGKS-Mitgliedstaaten Italien, Belgien, Luxemburg und die Niederlanden erhofften sich wirtschaftlichen Aufschwung durch die Kooperation mit der BRD. Somit gelang die Überwindung der Angst vor der BRD durch mehr Integration, was schlussendlich in der ersten Form einer europäischen Identität kulminierte. Ebenfalls ist es wichtig zu bedenken, dass die USA im Zuge des West-Ost Konflikts eine nachhaltige Stärkung der BRD anstrebten. Daher war die wirtschaftliche Vormachtstellung Frankreichs in Europa gefährdet, wodurch ein integratives Gleichgewicht entstehen sollte: Frankreich und die BRD waren gleichberechtigte Partner und nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die BRD durch gemeinsame Institutionen eingebunden (vgl. Wessels 2008: 62-63)

Durch und nach dem Marshall Plan waren die USA der stärkste politische und wirtschaftliche Partner West- und Teilen Mitteleuropas, wodurch der amerikanisch-europäische Zusammenhalt deutlich gestärkt wurde. Daher waren die Gründungsstaaten der EGKS, EWG und EAG von einem pro-westlichen Zugang geprägt.

Am Beispiel der Europäischen Integration kann festgestellt werden, inwiefern die Angst vor einem Krieg, der Abhängigkeit gegenüber den USA und die wirtschaftliche Spannung Europas 1951 zu einem Zusammenschluss mehrerer europäischer Staaten führte. Dadurch konnte die daraus entstehende EGKS wieder eine gewisse Souveränität auf der internationalen Bühne erlangen. Die ausschlaggebende Kraft für die Entstehung der europäischen Integration war schlussendlich die EGKS und nicht die NATO oder OEEC. Somit geht der gesamte Entwicklungsstrang der europäischen Integration und der heutigen EU auf die EGKS zurück.

Einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der Europäischen Integration stellte die vom Großteil der westeuropäischen PolitikerInnen vertretene Meinung einer Wiedereingliederung Deutschlands in Westeuropa dar. Durch diesen integrativen Ansatz wird klar, dass man Europa nach dem Krieg wieder vereinen wollte und ein Europa ohne Deutschland nicht stark genug wäre um eine politische Stabilisierung und eine Reformation des Wirtschaftssystems zu gewährleisten. Von besonderer Dringlichkeit schien Europa aus dessen wirtschaftlicher Abhängigkeit von den USA heraus zu kommen. Europa musste seine wirtschaftliche, politische und sicherheitspolitische Souveränität wiederaufbauen (vgl. Marschner 2011: 24).

Schlussendlich steht fest, dass Europa eine stärkere Integration brauchte. Die westeuropäischen PolitikerInnen suchten nach einem gemeinsamen Interesse bzw. Nenners innerhalb Europas. Das gemeinsame Interesse Europas um 1950 war politische und wirtschaftliche Souveränität, die man nur durch einen Zusammenschluss mehrerer europäischer Staaten aufbauen konnte. Das enorme wirtschaftliche Potenzial Frankreichs und Deutschlands wurde herangezogen und es galt nun einen gemeinsamen Nenner zu finden, um das Potential der europäischen Staaten durch Zusammenschluss zu vergrößern.

4.4 Öffentlichkeit und Kommunikation

Das Entstehen moderner Massendemokratien wird grundsätzlich mit der Etablierung von gesellschaftlicher Öffentlichkeit verbunden. Im 18. Jahrhundert kam es zu Protesten des Bürgertums gegen die absolutistische Arkanpolitik. Die Forderung war ein freier Zugang und Informationsgehalt zu den bis dato geheim tagenden Parlamente und den politischen Entscheidungen, in welche nur die Kabinette einbezogen wurden. Im Zuge dieser Forderung wurde Öffentlichkeit als eine dem institutionalisierten Parlament wichtigstes Element erkannt und in liberalen Demokratien kam es bald zu einer symbiotischen Beziehung zwischen Parlament und Öffentlichkeit. Heutzutage spricht man von einer Beziehung zwischen Massendemokratien und massenmedialer Öffentlichkeit, in der das öffentliche politische Sprechen und Handeln einem unbegrenzten Publikum zugänglich ist (Beierwaltes 1998: 13).

Die unterschiedlichen Sprachen der EU, die einen identitätsstiftenden Charakter für die Mitgliedstaaten haben, erschweren es die nationalen Öffentlichkeitsstrukturen zu einer europäischen Öffentlichkeitsstruktur umzuformen, weil es zu einer komplexen Ausdifferenzierung nationaler Kommunikationsebenen kommt, die schlussendlich zu einem

schwer verbindbaren Konstrukt von vielen nationalen und wenig europäischen Kommunikationsräumen kulminieren (ebd. 26).

Drei große Herausforderungen zur Etablierung einer europäischen Öffentlichkeit sind zusammenfassend die Transparenz des politischen Systems, die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten und die Stärkung der Kommunikationsfähigkeit (ebd. 27-28).

Letztere Prämisse, nämlich der unbegrenzte Zugang zu öffentlichem Sprechen und Handeln als Demokratiebasis, wird jedoch von seitens der EU nur teilweise erfüllt. Als Gründe dafür sind die Undurchsichtigkeit bzw. fehlende Transparenz der Dokumente, wie aber auch die Übersetzung der Texte in alle Sprachen der EU anzuführen. Um eine gesamteuropäische Öffentlichkeit zu fördern, müsste es idealerweise eine gesamteuropäische Sprache geben, was aber nicht der Fall ist. Somit meint dieser Ansatz, dass die EU aufgrund ihrer linguistischen Heterogenität nicht vollständig demokratisiert werden kann (ebd. 13-14).

In diesem Zusammenhang wird Öffentlichkeit aus einer holistischen Perspektive betrachtet und es wird davon ausgegangen, dass zum einen alle BürgerInnen Zugang dazu haben und zum anderen alle diskursfähig miteinander sind. Beierwaltes (1998) ist jedoch der Auffassung, dass dieser Öffentlichkeitsbegriff zu weit gefasst ist und spricht von „segmentierten Öffentlichkeitsebenen“, die auf dem Zustand basieren, dass eine Einheit bildenden strukturierten Erfahrungs- und Kommunikationsräume entstehen und man nicht von *einer* Öffentlichkeit, sondern von mehreren Teilöffentlichkeiten sprechen muss (ebd. 14).

Die Medien- und Kommunikationsinfrastruktur der EU ist prinzipiell sehr komplex und weitschichtig. Beierwaltes argumentierte jedoch schon 1998, dass der europäische Kommunikationsraum nicht mehr als „*die Summe national begrenzter Kommunikationsräume*“ (Beierwaltes 1998: 22) ist. Da 1998 das Internet noch nicht die immens wichtige Rolle wie heute in der öffentlichen Kommunikation und Interaktion spielte, werden die Gründe für dieses Argument anhand des Fernseh-Marktes beschrieben, der auch heute noch eine sehr wichtige Rolle bei der Organisation einer Informationsgesellschaft und deren Meinungsbildung spielt.

Erstens werden die nationalen Fernsehprogramme in vielen Ländern nur in der nationalen Amtssprache ausgestrahlt, was zu separaten nationalen Kommunikationsräumen führt.

Des Weiteren ist es schwierig europäische Programme im Fernsehen zu senden, weil die Konsumgewohnheiten der Mitgliedstaaten unterschiedlich sind – so beginnt zum Beispiel in

der Bundesrepublik Deutschland das Abendprogramm um 20:15, in Spanien hingegen erst um 23 Uhr.

Drittens spielen inhaltliche Konsumgewohnheiten eine wichtige Rolle, weil zwar bezüglich der Sendeformate und des Programmangebots ein gewisser europäischer Homogenisierungsprozess begonnen hat, jedoch gibt es immer noch starke nationale Präferenzen, oft auch politisch bedingt und beeinflusst, die das Fernsehprogramm steuern und somit UnionsbürgerInnen aus verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedliche Inhalte präsentiert bekommen und zu einem gewissen Grad auch unterschiedlich medial beeinflusst werden (Beierwaltes 1998: 22-23).

Ein Beispiel für einen europäischen Kommunikationsraum ist der deutsch-französische Kultursender *Arte*, der kein nationaler, sondern ein transnationaler Sender und Kommunikationsraum ist (ebd. 24).

Die Gründe warum die nationalen Kommunikationsräume (Fernsehen, Printmedien, Internet) nicht bzw. nur teilweise „europäisiert“ sind/werden, sind nicht ganz klar. Was jedoch anhand einer Medienbeobachtung leicht hervorgeht, ist, dass die nationalen Medien und Kommunikationsnetzwerke deutlich stärker forciert werden als die Gesamteuropäischen. Von daher scheint es auf der Hand zu liegen, dass die Aufrechterhaltung nationaler Interessen und Souveränität dem Konzept eines europäischen Kommunikationsraum, und einer damit verbundenen europäischen Öffentlichkeit, entgegensteht.

Medien und Kommunikation waren immer schon die wichtigsten Hilfsmittel um Öffentlichkeit herzustellen. Zunächst ist es notwendig den Zusammenhang zwischen Medien/ Presse und Öffentlichkeit zu klären. Die Hauptaufgabe der Presse als Massenkommunikationsmittel ist der Informationsgehalt. Ein Problem damals, so wie auch heute, ist die weitreichende Beschränkung auf tagespolitische Themen bezüglich Wirtschaft, Politik und Sport. Hinsichtlich politischer Bildung und Erwachsenenbildung ist diese Informationsquelle kritisch zu betrachten, weil meistens die partizipatorische und öffentliche Aufklärungsarbeit im Sinne von politischen Grundfragen außen vor gelassen wird. Somit wurden damals, wie auch heute, demokratische Partizipationsmöglichkeiten kaum betrachtet (vgl. Buhl 1960: 11).

Im 20. Jahrhundert war die Zeitung die wichtigste Informationsquelle und für den Großteil der Bevölkerung auch die einzige. Das, was in der Zeitung stand, wurde kaum hinterfragt, reflektiert oder kritisch betrachtet. Da jedoch die Zeitung beinahe das einzige öffentliche

Massenmedium war, kann man sie im 19. Jahrhundert als „volkstümlich“ beschreiben (ebd. 11).

Durch das große Stadt-Land Gefälle oder schlicht mangelnden finanziellen Ressourcen konnten viele BürgerInnen nicht an die Universität gehen oder an den volksbildenden Kursen teilnehmen. Daher erwies sich die Zeitung oft als die einzige „geistige Nahrung“ in der öffentlichen politischen Bildung (ebd. 11).

Hier muss angemerkt werden, dass die Einführung des Pressewesens in die Öffentlichkeit ganz klar die politische Reflexion förderte, weil jede/r BürgerIn zwar die gleichen Nachrichten konsumiert, jedoch die Interpretationen unterschiedlich ausfallen.

Das Fernsehen hat in den 1960er Jahren an Bedeutung gewonnen und eine große Anzahl an Menschen erreicht. Gerade damals, als es noch weitaus weniger Fernsehsender als heutzutage gibt, hat die breite Masse die gleichen Inhalte aufgenommen, von SchülerInnen bis UniversitätsprofessorInnen. Daher musste ein „Mittelweg“ gefunden werden, wodurch das Fernsehen kaum politische Aufklärung leistete. Man musste den kleinsten gemeinsamen Nenner der Personengruppen finden und die Sendungen und Inhalte dementsprechend ausrichten (vgl. Pöpl 1962: 24).

Zwischen dem Fernsehen und der Bildung einer europäischen Öffentlichkeit besteht eine Wechselbeziehung: Auf der einen Seite kann das Fernsehen durch die richtige Themen- und Senderauswahl volksbildend wirken, auf der anderen Seite nützt die Volksbildung die Möglichkeiten des Fernsehen um der Gesellschaft einen reflexiven Umgang mit Politik nahe zu bringen (ebd. 24).

Ein weiterer Grund für das Fehlen einer europäischen Öffentlichkeit ist das Fehlen einer gemeinsamen Sprache. Die EU ist durch eine äußerst heterogene Sprachlandschaft geprägt, die es schwierig macht einen einheitlichen Kommunikationsraum zu schaffen (vgl. Beierwaltes 1998: 25).

4.5 Der soziologische Aspekt europäischer Öffentlichkeit

Eine europäische Öffentlichkeit ist das Konstrukt einer gemeinsamen und kollektiven Identität, in der gewisse Vorstellungen, Handlungs- und Interpretationsmuster und Sozialisierungsebenen eine gemeinsame Basis haben. Innerhalb einer Öffentlichkeit auf der Makroebene gibt es jedoch viele Ungleichheiten und Unterschiede auf der Mikroebene. Die EU besteht aus 28

Mitgliedstaaten, die als nationale Identitäten zumal unterschiedlicher wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Natur sind. Auch innerhalb der Mitgliedstaaten gibt es komplexe und stratifizierte segmentierte Gesellschaftsgruppen. Soziale Ungleichheiten werden meistens innerhalb eines nationalen Rahmens analysiert, besonders gestärkt durch die läufige Annahme, dass sich der Sozialstaat im 20. Jahrhundert zum ausschlaggebenden Motor für Wohlfahrt und soziale Sicherheit herausbildete (vgl. Heidenreich 2010: 426).

Durch die Globalisierung der Wirtschaft und regionale Differenzierungsprozesse verliert jedoch der methodologische Nationalismus weitgehend an Bedeutung innerhalb der Ungleichheitsforschung. Methodologischer Nationalismus bedeutet, dass durch die zunehmende Globalität das Modell des Nationalstaates in Frage gestellt wird. Vor allem widmet sich der Begriff dem Zustand, dass zentrale Kategorien der Sozialwissenschaften immer mit der Vorstellung des nationalstaatlichen Raumes verknüpft sind (vgl. Hartmann 226: 2005).

Die Annahme des methodologischen Nationalismus, dass die Verteilung von Chancen und Ressourcen, wie aber auch Klassen- und Segmentierungsstrukturen innerhalb der nationalstaatlichen Grenzen zu bestimmen sind, kann im Zuge der Kompetenzverstärkung der EU kritisch hinterfragt werden. Ungleichheiten innerhalb der EU werden vor allem durch Einkommensunterschiede der UnionsbürgerInnen beobachtet und festgemacht. Durch den intensiven wirtschaftlichen Integrationsprozess der EU und die damit verbundene transnationale Mobilität von Personen und ausländischen Direktinvestitionen kam es zu einem EU-weit höheren Einkommen. Die Einkommensstrukturen und wirtschaftlichen Profite sind jedoch weder in der EU noch in den einzelnen Mitgliedstaaten gleich verteilt. Somit kommt es zu einem Differenzierungsprozess auf innerstaatlicher- und europäischer Ebene. Durch die EU kam es zu einem stärkeren wirtschaftlichen Wettbewerb, der jedoch keinen direkten Einfluss auf soziale Ungleichheiten hat, weil zum einen nationalstaatliche Institutionen die Effekte wirtschaftlicher Globalisierungsprozesse kompensieren, und zum anderen die EU generell nur in einem geringen Ausmaß Kompetenzen zur Harmonisierung und Regulierung von Ungleichheitsdynamiken besitzt (vgl. Heidenreich 2010: 428).

Der Trend der sozialwissenschaftlichen Ungleichheitsforschung, deren Erkenntnisse eine ausschlaggebende Basis für die Frage welchen Differenzierungsgrad die europäischen Gesellschaften haben können um eine europäische Öffentlichkeit zu bilden, geht seit des verstärkten europäischen Integrationsprozesses in die Richtung gesellschaftliche Ungleichheiten in einem regional-national-europäischen Mehrebenensystem zu betrachten und zu analysieren (ebd. 428).

Der Prozess einer europäischen Öffentlichkeit führt schlussendlich auch zu einem Paradigmenwechsel der Sozialwissenschaft, indem schrittweise versucht wird nationale Phänomene auf einer europäischen Ebene zu analysieren und zu verorten. Der Relativist Thomas Samuel Kuhn meinte in seinem Werk *„Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“* aus dem Jahr 1969, dass Wissenschaft relativ aus einem gewissen Paradigma besteht und immer einen zeitlichen und räumlichen Kontext beherbergt.

„Wenn in der Entwicklung einer Naturwissenschaft ein einzelner oder eine Gruppe erstmalig eine Synthese hervorbringt, die in der Lage ist, die meisten Fachleute der nächsten Generation anzuziehen, verschwinden allmählich die alten Schulen. [...] Das neue Paradigma impliziert eine neue und strengere Definition des Gebietes.“ (Kuhn 1969: 33)

Innerhalb der EU scheint es jedoch schwer zu sein einen gemeinsamen Nenner zu finden und den zu verwirklichen. Geprägt ist Europa vor allem von seinen ungleichen Machtverhältnissen, in der Geschichte wie in der Gegenwart (vgl. Balibar 2001: 118).

Nichtsdestotrotz sind die Gesellschaften der EU weitgehend Mittelschichtgesellschaften. Im globalen Vergleich leben viele UnionsbürgerInnen in einer „mittleren Lebenslage“, was bedeutet, dass in den Bereichen Konsum, Lebensstandard, Bildung und Mobilitätschancen keine großen Defizite aufzuzeigen sind. Anhand verschiedener Kriterien wie Einkommen oder beruflicher und universitärer Bildung ist festzumachen, dass die Klassenunterschiede in der EU nicht extrem ausgeprägt sind, weil der Großteil der UnionsbürgerInnen zur Mittelschicht gehört (vgl. Mau 2014: 255).

Die hohe Anzahl an UnionsbürgerInnen der Mittelschicht stellt aufgrund dieses Homogenisierungsprozesses eine wichtige Grundlage für eine kollektive europäische Identität dar. Inwiefern diese Mittelschicht erhalten bleibt bzw. welchen identitätsstiftenden Charakter sie in Zukunft für die UnionsbürgerInnen hat, wird sich zeigen. Jedoch ist eine breite europäische Mittelschicht eine solide Grundbasis für eine europäische Öffentlichkeit.

Ein weiterer Ansatz von Münch (2014) geht von einer stark segmentierten europäischen Öffentlichkeitsstruktur aus, die mit unterschiedlichen Gesellschaftsgruppen einhergeht. Als Grundlage für seine Analyse wurden Daten und Grafiken der OECD, UNESCO und Weltbank herangezogen. Anhand der Interpretation von Lohneinkommen, Gini-Koeffizienzwerten und Bildungsabschlüssen- und Strukturen wurden vier unterschiedliche Typen von Ländern erarbeiten, liberale (Australien, Irland, Kanada, Neuseeland, Vereinigtes Königreich, USA),

egalitäre (Dänemark, Finnland, Niederlande, Norwegen, Schweden), konservative (Österreich, Belgien, Deutschland, Frankreich, Schweiz) und familistische (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien) Ländergruppen. Konservative Länder sind gekennzeichnet durch geringere Chancengleichheit in Bildung aber geringerer Einkommensungleichheit, einem überdurchschnittlich starken Einfluss von Gewerkschaften und durchschnittlichen Bildungsrenditen. Familistische Länder haben geringe Chancengleichheit im Bildungssektor und eine größere Einkommensungleichheit, einen unterdurchschnittlich gewerkschaftlichen Organisationsgrad und überdurchschnittlichen Bildungsrenditen. Egalitäre Länder verfügen über größere Bildungschancengleichheit mit einer geringeren Einkommensungleichheit, sehr vielen Gewerkschaften und unterdurchschnittlichen Bildungsrenditen. Liberale Länder sind durch größere Chancengleichheit in der Bildung mit einer größeren Einkommensungleichheit, weit unterdurchschnittlichen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und weit überdurchschnittlichen Bildungsrenditen gekennzeichnet. Der Trend zeigt, dass konservative, egalitäre und liberale Länder größere Chancengleichheit, aber auch größere Einkommensungleichheit erfahren werden, während die familistischen Länder Chancenungleichheit in Bildung und Einkommen etwas abbauen (vgl. Münch 2014: 79-80).

Dieser hohe Abstraktionsgrad der europäischen Gesellschaften lässt den Gedanken an eine europäische Öffentlichkeit leicht verblassen, vor allem in Hinblick auf die Unterschiede in der Chancengerechtigkeit von Bildung und Einkommen. Durch solche Gruppierungen und sozialen Segmentierungsebenen in den einzelnen Ländern, wie aber auch den vier Ländergruppen, muss die Aussage einer breiten europäischen Mittelschicht kritisch hinterfragt werden.

5. POLITISIERUNG DER EU

5.1 Die Debatte über Politisierung in der EU

„Als zentrale Bedingung für die Überwindung des Demokratiedefizits in der EU wird von verschiedenen Seiten eine verstärkte Politisierung innerhalb der Union gefordert, um die politischen Debatten über die EU an den politischen Entscheidungsprozess zu koppeln und die Kluft zwischen Eliten und Bürgern zu schließen.“ (Seeger 2008: 239)

Bei den Debatten um die Politisierung der EU geht es zumeist um die schwach ausgeprägten intermediären Strukturen der Union bzw. die Defizite der parlamentarischen Komponente auf der einen Seite, und die entpolitisierte Struktur der politischen Entscheidungsfindung auf der anderen Seite. Seeger (2008) argumentiert, dass die öffentliche Meinung der UnionsbürgerInnen nur schwach an den politischen Entscheidungsprozess gebunden ist (vgl. Seeger 2008: 250).

Den inhaltlichen Ausgangspunkt bei der Politisierung innerhalb der EU stellt in vielen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und Arbeiten die Diskussion zwischen Hix und Bartolini (2006) dar, die die Nach- und Vorteile einer Politisierung der EU argumentieren.

Hix (2006) meint, dass die EU sehr lange von realpolitischen Auseinandersetzungen isoliert war, weil in ihrer Entstehung der Fokus auf einer gemeinsamen Wirtschaftsunion lag und erst innerhalb der stärkeren Europäischen Integration politische Themenbereiche wichtiger wurden. Nachdem die EU heute vor allem als ein politisches Konstrukt wahrgenommen wird und es zu einem gewissen Grad an Politisierung innerhalb der EU kam, müssen politische Themen und Problematiken von seitens der EU mitberücksichtigt werden. Die EU steht prinzipiell vor zwei großen Herausforderungen: Zum einen geht es um die Stärkung des europäischen Marktes, die Gewährleistung von mehr Jobs und die Sicherung des „europäischen Lebensstil“. Die zweite Herausforderung stellt die Sicherstellung des Interesses an die EU dar. In den vergangenen Jahren wurde die generelle Anti-EU Haltung immer stärker von verschiedensten Gruppen und Individuen forciert und die Anzahl jener EU-BürgerInnen, die ihre Unionsbürgerschaft als etwas Gutes empfinden, ist auf nur 50 Prozent gesunken (vgl. Hix 2006: 3).

Prinzipiell gibt es laut Hix keinen Grund warum die EU nicht politisiert sein soll und warum Politisierungsprozesse bisher kaum auf EU-Ebene stattgefunden haben. GewinnerInnen und VerliererInnen von politischen Debatten produzieren Konflikte im politischen Prozess, welche

jedoch zu einem höheren Legitimationsgrad der EU führen, weil wenn PolitikerInnen ihre Meinung und die ihrer MitstreiterInnen diskutieren, anstatt jene von unabhängigen EU Institutionen, werden sich prinzipiell mehr Personen dem politischen Feld gegenüber interessiert zeigen (vgl. Hix 2006: 7).

Wichtig für die Politisierung der EU wäre eine dynamischere Legislative, vor allem in Hinblick auf die Tatsache, dass viele Beschlüsse einstimmig beschlossen werden und man nur eine Person braucht, um die Einführung einer neuen politischen Reform zu verhindern. Sobald generell Beschlüsse gemacht wurden, ist es sehr schwer jene wieder zu ändern, man spricht von einem institutionellen Stillstand (*institutional gridlock*). Um diesen Stillstand aufzuheben, braucht die EU mehr politische Auseinandersetzungen und Diskussionen zwischen den unterschiedlichen AkteurInnen, Parteien und Ideologien. Somit kommt es zu der Herausbildung verschiedener Allianzen mit verschiedenen Ideen und Vorstellungen, die nicht immer miteinander kompatibel sind, jedoch durch die politischen Verhandlungen ausdiskutiert werden und schlussendlich zu einer stärkeren Politikkoordinierung beitragen (ebd. 8).

Die EU benötigt einen offenen politischen Wettbewerb und offene politische Auseinandersetzungen, damit sich UnionsbürgerInnen mit den ProtagonistInnen europäischer Politik und ihren Vorschlägen und Ideen für Europa identifizieren können. Wichtig ist das administrative und starre Bild der EU durch einen dynamischen und politischen Schlagabtausch zu ersetzen. Es darf nicht vergessen werden, dass auch PolitikerInnen auf EU-Ebene politische, ideologische, wie aber auch persönliche Konflikte untereinander austragen. Ein offenerer Umgang mit politischen Konflikten würde zum einen mediale Aufmerksamkeit, und dadurch zum anderen öffentliche Aufmerksamkeit erlangen. Durch die Identifizierung mit der „EU-Elite“ können UnionsbürgerInnen Rivalitäten erkennen und mit einer oder mehreren Parteien und AkteurInnen sympathisieren. Somit kommt es auch zu einem verstärkten Gefühl europäischer Öffentlichkeit, weil sich UnionsbürgerInnen nicht mehr nur durch die nationale, sondern auch supranationale Politik ausdrücken und identifizieren können (ebd. 10).

SkeptikerInnen der EU kritisieren zumeist, dass es ihrer Meinung nach mehr Nach- als Vorteile bei der wirtschaftlichen Integration und den *Policy Agendas* der EU gibt. Um die UnionsbürgerInnen (wieder) von der EU zu überzeugen, ist es eine Aufgabe der EU (und vor allem nationalen und supranationalen PolitikerInnen) das politische Feld zu öffnen und die Gesellschaft an den Debatten und Konflikten, aber auch Ideen und Konzepten teilhaben zu lassen. PolitikerInnen innerhalb der EU haben die Aufgabe die breiten Interessen der UnionsbürgerInnen zu berücksichtigen und Konzepte und Wege zu finden, diese zu erfüllen.

Würden die Debatten um die Konzepte der einzelnen AkteurInnen und Parteien eine stärkere öffentliche Resonanz haben, würden viele SkeptikerInnen erkennen, dass um die Interessen der UnionsbürgerInnen politisch gekämpft wird. Dies schafft dann stärkeres Vertrauen in die EU und führt zu mehr Identifizierung mit ihr, was sich auch an einer höheren Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen zeigen würde. Somit wären durch den öffentlichen politischen Schlagabtausch auf europäischer Ebene weitere Demokratisierungsschritte getan (ebd. 11).

Durch die Debatte zur Frage ob der europäische Markt noch stärker reguliert werden soll, kommt es teilweise zur Verstärkung ideologischer Strukturen innerhalb den Institutionen. Ein weiterer Grund für eine Ideologisierung ist die stärkere Rolle des EP durch den AEUV und die damit verbundenen dynamischen Legislativprozesse, die Ausweitung qualifizierter Mehrheitsentscheidungen im EU-Rat und die Art und Weise, wie der Präsident der Kommission gewählt wird. Alles in allem gibt es dadurch Hinweise, dass sich die EU in einem Demokratisierungsprozess befindet (ebd. 23).

Hix argumentiert weiter, dass die drei wichtigsten Institutionen der EU – die Kommission, das EP und der Rat der EU – politisiert werden müssen, damit es zu einem offenen Prozess politischer Diskussion kommt und die BürgerInnennähe der EU gestärkt wird. Diese Änderungen würden nicht *per se* eine Änderung der Verträge bedeuten, sondern vielmehr zu mehr Transparenz politischer Konflikte und Positionen verhelfen. Außerdem hätten die Medien dadurch die Möglichkeit, europäische Politik leichter den UnionsbürgerInnen zu vermitteln (ebd. 23).

Das derzeitige System der Zuordnung von Komiteepositionen anhand einer proportionalen Basis im EP könnte durch ein System, in dem die größte Partei des EP bzw. die Mehrheitskoalition der Parteien mehr Einfluss auf die legislative Kontrolle der politischen Agenda haben, wie zum Beispiel durch die Befugnis der größten politischen Gruppen die ersten fünf Komitees zu bestimmen. Auch sollte der/die Präsident/in des EP für fünf, und nicht nur zweieinhalb Jahre sein/ihr Amt inne haben können, weil dies die Wahlen des EP durch den Druck eine ganze Legislaturperiode den/die Präsidenten/in stellen zu können, ankurbelt (ebd. 23-24).

Im Rat der EU sollen legislative Deliberalisierungsprozesse transparenter werden, verbunden mit den von der Präsidentschaft und nationalen Regierungen vorgeschlagenen und zu implementierenden Änderungen bzw. Verbesserungen. Dies soll im Zuge einer öffentlichen Überprüfung, der Deliberalisierung des COREPER (Ausschuss der Ständigen VertreterInnen im Rat der EU) und der medialen und öffentlichen Präsenz einhergehen. Des Weiteren sollen

alle legislativen Wahlen im Rat der EU ohne signifikante Diskussionen und Debatten aufgezeichnet werden, auch wenn mit Einstimmigkeit und qualifizierter Mehrheit beschlossen worden ist.

In der Kommission sollte es zu einem offenerem „Kampf“ zwischen UnionsbürgerInnen und dem EP um die Kommissionspräsidentschaft kommen. Dies würde rivalisierende AntrittskandidatInnen verlangen, eine öffentliche Auseinandersetzung bzw. Debatte der SpitzenkandidatInnen vor dem EP und der Presse und öffentliche Zugeständnisse der nationalen Regierungen zu den jeweils von ihnen favorisierten KandidatInnen.

Sobald die Kommission bestellt ist, sollte sie ein *Multi-Annual Working Programme* erstellen, das hauptsächlich aus den Wahlversprechen des/der Präsidenten/in besteht (ebd. 24).

Schlussendlich muss festgestellt werden, dass die EU eine so große Verantwortung gegenüber den UnionsbürgerInnen, den unterschiedlichen Interessen, wie aber auch Minderheiten hat, dass die Etablierung großer Koalitionen gewährleistet werden muss ohne das institutionelle Rahmenwerk der EU dadurch zu verletzen. Ohne Politisierung ist die Gefahr, dass die UnionsbürgerInnen die EU schlussendlich als einen bürokratischen Despotismus sehen, sehr groß (ebd. 26).

Hix ist zusammenfassend der Meinung, dass Politisierung der EU der wichtigste Motor der europäischen Demokratisierung ist und ohne offene politische Kämpfe auf öffentlicher Ebene es zu keiner bzw. nur äußerst geringen Identifizierung der UnionsbürgerInnen mit den politischen Institutionen der EU kommt.

Stefano Bartolini (2006) widerspricht in vielen Bereichen den Argumenten von Hix und spricht von den Risiken der Politisierung und dessen Unterschätzung. Er gibt vor allem zu bedenken, dass die politischen Konflikte durch einen offenen politischen Diskussionsrahmen, und die damit verbundenen inhaltlichen Erwartungen, auf der einen Seite von der EU nicht erfüllt werden können und auf der anderen Seite zu politischen Spannungen führen, die die EU nur schwer bewältigen kann (Bartolini 2006: 31).

Das Hauptproblem bei der Politisierungs-Demokratisierungsdebatte sieht Bartolini darin, dass demokratische Politik grundsätzlich aus Streit um politische Führungskraft und Argumenten aus der politischen und inhaltlichen Agenda besteht. Dies ist ein essenzielles Element der sogar „dünnsten“ Demokratietheorien, das in der EU jedoch deutlich fehlt. Nachdem die EU und ihre supranationale Struktur erst vor circa 60 Jahren entstanden ist - einhergehend mit einem kontinuierlichen Vergemeinschaftungs- und Integrationsprozess - gibt es in der EU noch keine

rivalisierende Politikagenda und ohne einen politischen Wettkampf der EP-Wahlen gibt es für die Kommission und die nationalen Regierungen wenig Ansporn diese Politikprozesse im Zuge der sich ändernden Präferenzen der UnionsbürgerInnen zu verändern. In einer „normalen“ Demokratie hätten rivalisierende Gruppen der Elite oder großen Parteien den Ansporn sich konkurrierende politische Positionen zu entwickeln und unterstützen. Eine politische Mehrheit würde durch die gemeinsame Favorisierung eines *policy packages* entstehen, die dann ein Mandat für politische Handlung setzt. Ohne solche politischen Streitigkeiten ist die EU nicht fähig demokratisch wie ihre Mitgliedstaaten zu handeln (ebd. 32).

Bartolini zweifelt besonders die Rolle der EP-Parteien als Gatekeeper an. Die Parteien stehen zum einen den disziplinären Anforderungen der Exekutivformation, wie aber auch deren Zusammensetzung und Dauer ungezwungen gegenüber und die Wahl durch absolute Mehrheit der Mitglieder um Entscheidungen durchzusetzen, treibt Parteien des EPs mehr dazu an, sich zusammenzuschließen als sich offen zu konkurrieren. Die Notwendigkeit den institutionellen Einfluss des EPs innerhalb der institutionellen Architektur der EU zu unterstützen macht das Aufstellen von ParteianhängerInnen oft zweitrangig (ebd. 36).

Die Behauptung Hix's, dass europäische Parteien kontinuierlich eine wichtigere Rolle bekommen werden, wirkt zumal verwirrend hinsichtlich des Mangels an ideologischem Zusammenhalt, der schwachen Repräsentation und dem ungünstigen institutionellen Rahmenwerk innerhalb dessen sich das EP positionieren muss.

„In my opinion, two elements explain this puzzle, and both speak more for the continued weakness of the Euro.parties than for their consolidation: 1) the lack of electoral/ideological constraints and 2) the support to the top-down institutionalism of an ‚European party system‘ by the Commission and the Council.“ (Bartolini 2006: 37).

Die Formation großer politischer Gruppen im Parlament kann durch die geringe Rolle von ideologischen Bedingungen erklärt werden. Des Weiteren sind die gruppenbezogenen Unterschiede ökonomischer, religiöser und kultureller Natur medial zum Großteil von nationalen Regierungen vertreten und öffentlich gemacht, weil die Aktivitäten des EPs in der Öffentlichkeit beinahe nicht diskutiert werden. Die Formation von politischen Allianzen und Gruppen im EP wird meist kaum verhandelt und nationale Regierungen zeigen zum einen wenig Interesse an den politischen Gruppierungen ihrer MEPs im Parlament, und zum anderen benötigen politische Formationen im EP keinerlei Ratifizierung Dritter. EU-Parteien bilden und formen sich leicht neu aufgrund ihres Mangels an ParteianhängerInnen und Ideologie. Daher

wäre eine *Stärkung* dieser Parteien vielmehr ein Vorteil für europäische Demokratie als dessen Politisierung (ebd. 37).

Wie bereits diskutiert, gehen die meisten Konzepte und Thesen der Politisierung davon aus, dass mehr politische Auseinandersetzungen innerhalb der EU durch das komplexe institutionelle Zusammenspiel zwischen dem Rat der EU, der Kommission und dem EP dem *institutional gridlock* entgegenwirken. Durch solche offenen Diskussionen und Auseinandersetzungen werden gemeinsame politische AnhängerInnen identifiziert und politische Allianzen geschlossen. Die dadurch entstandene Idee ist, dass eine links-rechts Achse politischer Allianzen und AnhängerInnen im Rat der EU, der Kommission und dem EP entsteht. Diese Zentrierung führt zu einem höheren Organisationsgrad und bewirkt stärkere Koordinierung der Aktivitäten der verschiedenen Institutionen. Jedoch ist die Behauptung, dass es im Rat der EU und der Kommission zu einer links-rechts Parteilichkeit kommt, von vielen AutorInnen umstritten. Des Weiteren ist es nicht ganz klar, inwiefern ein höherer Grad an Politisierung innerhalb der EU zu einer einheitlichen politischen Struktur von Kommission, EP und Rat der EU führen kann (ebd. 40).

Schlussendlich haben europäische Parteien die Möglichkeit ein europäisches Parteiensystem zu formen, wie auch eine öffentliche Meinung, wenn sie sich erstens durch Themen organisieren, die isomorph zu den nationalen sind, und zweitens dazu einigen, das Thema einer europäischen Konstitution nicht in der Politikagenda des EPs zu verorten (ebd. 42).

Bartolini argumentiert weiter, dass das grundsätzliche Risiko von Politisierung dahin geht, dass es zu einem *spill over* von links-rechts Politik hin zu konstituierenden Themen wie EU Mitgliedschaft, Kompetenzen und Entscheidungsregeln kommt. Er meint dazu:

„Mass contentious politics is unable to solve issues of membership, competence, and decision rules, but there is at least the possibility that it contributes to radicalise them and make them not manageable by politically responsible elites who are constrained by the public commitment they have been obliged to take.“ (Bartolini 2006: 44).

Weitere Unsicherheiten, die durch erhöhte Politisierung innerhalb der EU entstehen können, sind die Zweifel an der Kompetenz des EPs links-rechts Formationen zu regeln und das Risiko von generellem Frust innerhalb der Institutionen, weil sie den Herausforderungen einer europäischen Politisierung vermutlich (noch) nicht gewachsen sind. Außerdem ist es schwierig politische Mandate mit den begrenzten Policygrenzen zu reformieren. Ohne Zweifel ist Politisierung im Entscheidungsprozess der EU eine Möglichkeit intermediäre

politische Repräsentationsstrukturen zu stärken, jedoch sind die Risiken dabei zu hoch (ebd. 46)

Die Risiken der Politisierung sind hoch, weil im Falle eines Scheiterns des Politisierungsversuchs es schwierig sein wird Fehler, Entscheidungen wie aber auch Meinungsäußerungen wieder rückgängig zu machen. Ein Scheitern würde allenfalls auch zu einem Rückgang der europäischen Integration führen. Wichtig ist es beim Prozess der Politisierung die politische, wie aber auch institutionelle Ebene mitzudenken. Aufgrund der Trennung von supranationalen Bereichen der EU (vor allem in der europäischen Marktwirtschaft) und nationalen Themen politischer, kultureller und sozialer Natur, konnte die EU bislang nicht in nationale schwierige Themen eingreifen. Daher wurde sie auch (noch) nicht zur Verantwortung dafür gezogen. Wenn es zu einer erhöhten Politisierung kommt, wird die EU sich auch den nationalen Themen widmen müssen und diese diskutieren. Bei Fehlentscheidungen würden dann Themen wie Kompetenzbereiche und Mitgliedschaft der EU auftreten. Von daher sollte man diesen risikoreichen und höchst sensiblen Bereich europäischer Politisierung nicht außer Acht lassen (ebd. 47).

Die Auffassung, dass eine Politisierung der EU ihre politischen Kompetenzbereiche und Fähigkeiten überschreitet, geht einher mit dem unterschiedlichen Machtverhältnis von Politik und Policy innerhalb der Union.

„Thus, repoliticizing the EU level could effectively destroy the EU’s ‚policy without politics‘ at the same time that, in the end, it could also further depoliticize citizens, worsening the problems of national ‚politics without policy‘. The only way out of this dilemma is to give up the goal of repoliticizing the EU entirely.“ (Schmidt 2006: 270).

Bartolini argumentiert weiter, dass Hix die politische Dimension des Demokratiedefizits in Bezug auf die fehlende Politisierung überbewertet und die institutionelle Ebene kaum berücksichtigt wird.

Schlussendlich ist die Politisierung der Debatten über die EU nicht ausreichend an den politischen Prozess innerhalb der EU angeschlossen, denn immerhin haben circa zwei Drittel der UnionsbürgerInnen das Gefühl ihre Stimme zähle in der EU nicht. Dass die meisten BürgerInnen EU-Wahlen und die damit verbundene Politisierung nicht als unbedingt geeignet erachten, um politische Präferenzen zu artikulieren, zeigte sich bei der niedrigen Wahlbeteiligung von 45,6 Prozent bei den EU-Wahlen 2004 (vgl. Seeger 2008: 236).

5.2 Strategien innerhalb europäischer Politisierung

In einer repräsentativen Demokratie stellen Wahlen den zentralen Mechanismus dar. Dies geschieht auf der einen Seite durch die Auswahl der WählerInnen zwischen sich rivalisierenden Programmen und auf der einen Seite der sich rivalisierenden AmtsinhaberInnen. Die Wahlentscheidung der WählerInnen hängt von der Persönlichkeit des/der Politikers/in ab, wie aber auch seiner politischen Parteizugehörigkeit (vgl. Hix 2003: 152).

„Eine breite öffentliche Aufmerksamkeit könnte durch eine echte Politisierung des Wahlkampfes erreicht werden. Die öffentlichkeitswirksame Vermittlung von Wahlprogrammen, die Identifikation von Kernbotschaften sowie die Auswahl prominenter Spitzenkandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten durch die europäischen Parteien sollen dabei unverzichtbare Bestandteile sein.“ (Seeger 2008: 252)

Politische Parteien sollten einen Wettstreit bezüglich der EU-Institutionen bei den Europawahlen austragen, WählerInnen sollten diesen Wettstreit der politischen Plattformen als Grundlage ihrer Wahlentscheidung wahrnehmen und die Mehrheitsentscheidung der WählerInnen sollte dann durch Legislative und Exekutive in der europäischen Ebene eingebracht werden (vgl. Hix 2003: 153).

Die EU-Politik wird von politischen Parteien geführt, welche im nationalen wie aber auch europäischen Kontext politische Inhalte beeinflussen wollen, wobei die Parteiprogramme innerhalb der EU von den traditionellen westeuropäischen „Parteifamilien“ ausgehen, welche über ihre Links-Rechts Orientierung definiert werden (vgl. Hix 2003: 159).

Bezüglich des Verhaltens der Parteigruppen im Europäischen Parlament kommt es zu gegensätzlichen Schlussfolgerungen, wenn man sich auf die Fähigkeit, WählerInnenentscheidungen in politische Entscheidungen umzusetzen, bezieht. Die Geschlossenheit der Fraktionen löste sich aufgrund der Streitfragen der Links-Rechts-Achse aber langsam auf (vgl. Hix 2003: 167).

Gäbe es einen europäischen Wahlkampf, der nicht über nationale Parteien, sondern der europäischen Exekutive ausgetragen würde, wäre das Wahlverhalten in etwa mit dem von nationalen Wahlen vergleichbar. Daher ist es als ein Ziel anzusetzen, die Einmischung nationaler Parteien und deren Themen und Diskurse zu verhindern. Die Einführung eines einheitlichen Wahlverfahrens, in dem nur PolitikerInnen aus lokalen, regionalen oder europäischen Parteien aufgestellt sind, wäre eine Möglichkeit, dies zu verhindern.

Alles in allem argumentiert Hix, dass die EU keine repräsentative Demokratie sei. Dies ist durch die starke Rolle der nationalen Wahlen zu begründen, bei denen es um die Kontrolle der nationalen Regierungen und die Einbettung nationaler, aber auch europäischer Themen, Streitfragen und Diskurse im nationalen Kontext geht. Daher sind die Europawahlen eher als Nebenprozess beim Wahlverhalten der UnionsbürgerInnen zu verstehen und spielen in diesem Kontext eine sekundäre Rolle (vgl. Hix 2003: 176).

„Solange allerdings die EU noch nicht so demokratisch ist wie nationale politische Systeme, wo Wähler ihr eigenes politisches Schicksal mitbestimmen können, ist es für die Bürger Europas durchaus vernünftig, dem Integrationsprozess skeptisch gegenüberzustehen.“ (Hix 2003: 177)

Seeger (2008) meint es ist wichtig, dass in jeder Reformrunde die Interessen aller Mitgliedstaaten zusammengeführt werden um sich somit auf einen neuen Vertragstext zu einigen. Somit sind die Verträge der EU immer Endprodukte von Kompromissen, die jedoch nicht immer adäquate Lösungen für politische Probleme repräsentieren. Dies ist ein großer, und zum Teil auch nachvollziehbarer, Kritikpunkt von GegnerInnen der Reformen (vgl. Seeger 2008: 245).

In diesem Zusammenhang ist die Theorie des *Multilevel Governance* hilfreich, um die unterschiedlichen Strategien europäischer Politisierungs- und Entscheidungsprozesse auf dem europäischen Mehrebenensystem aufzuzeigen. Grundsätzlich soll festgehalten werden, dass die politischen Strukturen des europäischen Mehrebenensystems unterschiedliche Repräsentationsstrukturen besitzen.

Im Rat der EU repräsentieren die Staatsoberhaupt oder MinisterInnen die Regierungen der Mitgliedstaaten und dessen StaatsbürgerInnen. Um ihre Position zu legitimieren, benötigen sie die Mehrheit ihrer nationalen Parlamente. Die nationalen Parlamente der EU sind wichtige politische Institutionen, die die Interessen der UnionsbürgerInnen artikulieren und repräsentieren (Benz 2006: 101-102).

Das EP repräsentiert die UnionsbürgerInnen in ihrer Gesamtheit. Die MEPs präsentieren die Interessen ihrer regionalen oder nationalen Konstitutionen und weniger transnationale Konzerne, jedoch versucht man immer „im Wohle aller“ zu handeln.

Die Interessen spezifischer Gesellschaftsgruppen werden durch Komitees im europäischen Mehrebenensystem vertreten. Besonders wichtig sind das *European and Social Committee* (ESC) und das *Committee of the Regions* (CoR), welche zum einen die Interessen von Gruppen

aus dem wirtschaftlichen und sozialen Sektor, und zum anderen aus regionalen und lokalen Gemeinschaften und Gruppen vertreten und sich für diese einsetzen (ebd. 102).

Die Mehrebenenstruktur der EU gibt organisierten Interessen teilweise leichten Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen. In der EU werden politische Inhalte grundsätzlich von der Kommission initiiert und politische Prozesse beginnen durch intensive Verhandlungen und Beratungen der verantwortlichen GeneraldirektorInnen der Kommission und RepräsentantInnen nationaler und regionaler Regierungen, der öffentlichen Administration und Verbänden. Um ein effizientes Politikprogramm aufzustellen, muss die Kommission gute Beziehungen zu den ExpertInnen der jeweiligen Bereiche aufbauen und pflegen. Schlussfolgernd daraus sind viele Komitees und Netzwerke entstanden, die den Zweck haben, politische Initiativen zu erstellen, mit dem Ziel von der Kommission gefördert zu werden. Basierend auf den externen Beziehungen der Kommission können politische Inhalte und Projekte gegenüber den nationalen Regierungen besser formuliert und argumentiert werden. Obwohl nicht alle Interessen auf allen Ebenen der EU berücksichtigt werden (können), gibt es grundsätzlich einen enormen Handlungsspielraum für unterschiedliche InteressensvertreterInnen und (ebd. 102). Dies zeigt auf, dass grundsätzlich Politisierung auch aus einer *Bottom Up* Perspektive heraus möglich ist und UnionsbürgerInnen bei der Formation zu Interessensgruppen einen gewissen Handlungsspielraum haben.

5.3 Politische Partizipation

Politische Partizipation ist wichtig für jede Form politischer Interaktion, in einzelnen Staaten, internationalen Organisationen, aber auch innerhalb der EU als supranationaler Organisation. Durch Teilnahme an dem politischen Prozess kommt es zu einer Politisierung innerhalb, wie aber auch außerhalb der EU.

Im weiteren Zusammenhang soll die aufklärerische und auch noch heute zu berücksichtigende Arbeit von Hans Kelsen (1913) in Bezug auf die Notwendigkeit politischer Partizipation für die Entstehung von Öffentlichkeit und Demokratie beschrieben werden.

Hans Kelsen wollte dem Menschen als Rechtsetzer seine Autonomie zurückgeben und ging davon aus, dass das Recht als Spielregel des menschlichen Zusammenlebens in der demokratischen Auseinandersetzung als Kompromiss begriffen wird. Sein Konzept der politischen Bildung kann auf die Umsetzung einer europäischen Öffentlichkeit umgesetzt

werden, denn politische Bildung macht eine Gesellschaft souverän und nur souveräne Gesellschaften können eine Öffentlichkeit bilden (vgl. Ehs 2007: 91).

Er beschäftigte sich mit der Notwendigkeit politischer Partizipation und Bildung der Gesellschaft, um Demokratie in einem Staat zu gewährleisten. Die Lehre Hans Kelsens ist eine Lehre für den modernen Staat und eine pluralistische Gesellschaft, die demokratisch sein soll. In der Demokratie sah Kelsen eine Regierungsform des Kritizismus und einer vaterlosen, autonomen und antimetaphysischen Gesellschaft. Daher bestand ein wichtiges bildungspolitisches Ziel bei Kelsen darin, die Menschen zu VerteidigerInnen der Demokratie zu machen, die sich weder einem Kaiser noch einem faschistischen Führer unterordnen, sondern die Verantwortung der Gesellschaft innerhalb der Gesellschaft finden (ebd. 92).

Das Konzept der Aufklärung kann als das Einbringen von Kritik- und Urteilsfähigkeit angesehen werden. Durch dieses positive Menschenbild wird das Individuum als vernunftfähig angesehen.

Es handelt sich bei Bildung um einen gewissen Konvertierungsprozess, der sich immer wieder neu verändert. Bildung und Wissen sind essenziell für die heutige Gesellschaft, man spricht auch oft von einer Wissensgesellschaft bzw. dem Übergang von einer Industriegesellschaft in eine Wissensgesellschaft (vgl. Stehr 2003: 234).

Konkret sah es Kelsen als Aufgabe durch die Wiener Volksbildung die BürgerInnen auf die junge Demokratie der Ersten Republik vorzubereiten und zu stärken. Mittels einer systematischen Darstellung der rechtlichen Verhältnisse und der Auseinandersetzung mit staatsrechtlichen Werken wollte er die Menschen informieren und durch diese Transparenz und Systematik kritische StaatsbürgerInnen formen (vgl. Ehs 2007: 93-94).

Des Weiteren zeigte Kelsen durch die Reine Rechtslehre auf, dass das Naturrecht und der ältere Positivismus die unkritische Befolgung von autoritären Anordnungen unterstützte.

Durch die Überwindung dieser Autoritätshörigkeit wollte Kelsen freie Entscheidungen schaffen und unmündige BürgerInnen zu mündigen BürgerInnen machen. Somit wurde für die BürgerInnen das Handeln, wie aber auch so manche Willkür der staatlichen Organe transparenter (ebd. 98-99).

Aus dieser Grundlage geht eindeutig hervor, dass die Kelsen'sche Lehre nur mit demokratisch gebildeten und rational handelnden Menschen funktionieren kann. Die Aufgabe jener Lehre ist es, mündige BürgerInnen zu erhalten, die sich nicht als Untertanen des Staates sahen. Der moderne Mensch, von dem Kelsen spricht, hat als Individuum die Freiheit der Wahl seines

Lebensentwurfes und trennt Recht und Bildung von religiösen Ansprüchen. Denn bei Kelsen war nicht Gott, sondern vielmehr der Mensch an sich das Maß aller Dinge. Dies war ein wichtiger Ausgangspunkt innerhalb der politischen Bildung, denn somit musste die Emanzipation und Mündigkeit des Einzelnen erreicht werden, die nur durch Bildung und Information passieren kann (Ehs 2007: 1-2).

Kelsen sah die Sozialpolitik als Grundlage der Chancengleichheit für ein demokratisches Bürgertum. In seinen äußerst sozialkritischen Schriften meint er:

„Man kann in der Theorie, die den modernen Staat für nichts als eine Ausbeuterorganisation der herrschenden Klasse ausgibt, eine arge Übertreibung erkennen, aber man muß [!] mit der Tatsache rechnen, daß [!] heute Millionen von Menschen, gerade jene, deren politisches Interesse am stärksten ist, sich vom Staate, dem sie angehören, für ausgebeutet halten.“ (Kelsen 1913: 1514)

Diese ausgebeutete Masse muss zu einer Gemeinschaft von selbstbewussten, eigenständig handelnden Personen werden, welche ihre Bedürfnisse frei gestalten und ausleben können. Daher war es eine der Hauptintentionen Kelsens den BürgerInnen die falsch verstandene Ehrfurcht gegenüber des Staates und des österreichischen Rechts zu nehmen.

Des Weiteren war Kelsen der Auffassung, dass Wissenschaft und Politik strikt zu trennen seien. Dies wird vor allem dadurch deutlich, dass Kelsen sich selbst als unpolitischen Wissenschaftler definierte und davon ausging, dass Sozialwissenschaften nicht nur von einem politischen Standpunkt aus bewertet werden dürfen bzw. von keinem politischen Prinzip eingeschränkt werden sollten (vgl. Ehs 2007: 5-6).

Er wollte durch seine Lehrtätigkeit die Vorgänge des Staates transparenter erscheinen lassen und für die BürgerInnen nachvollziehbarer machen. Er ging davon aus, dass der Staat ein politisches Konstrukt ist, das „machbar“ ist. In diesem Zusammenhang propagierte er ebenfalls die Strukturtheorie des Rechts, die davon ausgeht, dass das Recht ein so genanntes Menschenwerk ist und auf einen demokratisch zustande gekommenen Kompromiss aller Menschen zurückzuführen ist (ebd. 7-8).

Schlussendlich kann argumentiert werden, dass die emanzipatorische Arbeit Kelsens als ein Musterbeispiel für die Miteinbindung der UnionsbürgerInnen in den europäischen Prozess herangezogen werden kann und sein Lebenswerk verdient es von Policy Makers und think-thanks herangezogen zu werden, um die Bildung einer europäischen Öffentlichkeit zu erreichen.

Bereits im März 1993 wird die Notwendigkeit dieser Partizipation ausdrücklich von der *EC Group of Experts on Information and Communication Policy* postuliert:

„Europe is not only a matter of politicians and intellectual elites; it concerns all European citizens. Politicians nevertheless have to assume their responsibility. Therefore the strategic communication objective must be to build public awareness and approval of European Union and of the role and functions of the European institutions...through messages that are clear, consistent, coherent and convincing, and that are communicated with feeling and respect...made intelligible and relevant to each so that everyone appreciates [personally] its importance...“ (EC Group of Experts on Information and Communication Policy, March 1993 in: Lodge 2010:13)

Ein neuerer Ansatz in der Politikwissenschaft, um politische Partizipation innerhalb einer Gesellschaft zu analysieren ist jener des *Participatory Governance*.

Bei einem solchen Ansatz handelt es sich laut Fischer (2006) um eine Verminderung von Spannungen und Diskrepanzen zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft. Es geht besonders um die politische Inklusion und Integration von BürgerInnen in politische Prozesse (vgl. Fischer 2006: 21).

“Participatory governance practices involve intermediary spaces that readjust the boundaries between the state and its citizens, establishing new places in which the participants from both can engage each other in new ways (Cornwall, 2002). These spaces are sometimes for radical self-help activities outside of the state, but they can also have significant effects on reconfiguring the scope of formal governance institutions. Indeed, some of these new deliberative institutions seek to colonize state power by transforming the interfaces between local citizens and higher levels of government” (Fischer 2006: 21).

Die wichtigste Frage bezüglich einer politischen Beteiligung der BürgerInnen und eines *Participatory Governance* ist, wie eine erfolgreiche Partizipation entstehen kann? Fischer bezieht sich hier auf Nagel (1987) und laut ihm gibt es drei wichtige Faktoren für politische Inklusion oder Exklusion und die Teilnahme kann in Hinblick auf diesen drei Effekten beurteilt werden: instrumental, entwickelnd und inhärent.

Bei der instrumentalen handelt es sich um instrumentale Effekte. Diese beziehen sich stark auf die Teilnahme um bestimmte Ziele zu erreichen. Durch die instrumentalen Verhältnisse von Politik und Staat ist es AkteurInnen oft nicht möglich, ohne weiteres und an politischen Prozessen teilzuhaben. In einer politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung ist es daher

wichtig, diese instrumentale Ebene von Staaten zu erkennen, um zu analysieren, welche gesellschaftlichen Gruppen ganz besonders politisch benachteiligt werden.

Entwickelnde Ebene: Diese Ebene beschreibt die Effekte die eine politische Partizipation des bildungspolitischen Ausbaus eines Individuums oder einer Gruppe durch die politische Teilhabe zur Folge haben. Hier werden auch die Auswirkungen einer politischen Teilnahme auf Bildung und die Interaktion von sozialen Gruppen wahrgenommen und analysiert. Durch die Involvierung in politische Prozesse kommt es vor allem zu Bildung in Bezug auf die Entstehung und Interaktionen zwischen sozialen Systemen, Vielfalt, Toleranz und sozialen Wandel.

Inhärente Ebene: Diese beschreibt die internen Vorteile einer politischen Partizipation, wodurch die politisch teilhabende Person persönliche Befriedigung, erhöhtes Selbstwertgefühl und eine stärkere Identifikation mit der Gemeinschaft und Gesellschaft erlebt (vgl. Nagel 1987 zit. in Fischer 2006: 22).

Zivilgesellschaftliche AkteurInnen, und darunter auf MigrantInnen, haben durch ihre politische Partizipation innerhalb der EU die Möglichkeit, politische Funktionsmechanismen zu beeinflussen. Somit können sie aus einer erkenntnistheoretischen Position durch Informationen Einfluss auf die Politik nehmen.

„Civil society actors possess political influence to the extent that they can muster widespread support and consent to their authority, which stems from their role as credible providers of expert advice or from the moral authority accorded to them. They act as epistemic actors whose basic political resource is information. Civil society actors can initiate deliberative processes in order to promote certain standards of appropriateness, to reframe certain issues and/or to change the preferences of other actors” (Wolf 2008: 232).

Des Weiteren kommt es durch die Interaktion zwischen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen und zwischenstaatlichen Institutionen zu einer Veränderung ihrer Rollen und Identitäten. Unterschiedliche Gruppen von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen werden oft unterschiedlich dargestellt und wahrgenommen und so werden zum Beispiel NGO's politisch und gesellschaftlich anders wahrgenommen, weil sie eine Gruppe von gesellschaftlichen AkteurInnen darstellen, die aufgrund ihrer Gruppenfunktion und kritischen und emanzipatorischen Auseinandersetzung zu verschiedenen Themen Macht gegenüber den politischen Verhältnissen besitzen (vgl. Wolf 2008: 233).

NGOs spielen jedoch in der EU zu wenig wahrgenommen und in den politischen Mitbestimmungsprozess eingebunden. Dies wäre ein klares Defizit der EU im Bereich politische Partizipation.

Norbert Kersting (2008) argumentiert, dass politische Partizipation zu einer besseren Problemorientierung und Politik führt und somit eine höhere Input Legitimation herstellt. Daher steigert eine erfolgreiche Partizipation auch das *Political Efficacy*-Bewusstsein (vgl. Kersting 2008: 14). Political Efficacy bedeutet, dass ein subjektives Vertrauen in die Möglichkeit des Einflusses auf politische Entscheidungsprozesse innerhalb der Zivilgesellschaft besteht und dass dadurch die Input-Legitimation des politischen Systems gesteigert wird und eine erhöhte Beteiligungsbereitschaft der Gesellschaft auftritt (vgl. Paterman 1970 zit. in Kersting 2008: 14). Kersting geht davon aus, dass politische Inklusion vor allem durch den Wahlakt ermöglicht wird (vgl. Kersting 2008: 14).

Political Efficacy ist zwar innerhalb nationalen Wahlen stark verbreitet, jedoch (noch) nicht bei den Wahlen des EPs. Das EP wird seit 1979 demokratisch gewählt und hat bis zum Jahr 2015 sehr an Einfluss gewonnen, was für eine Demokratisierung der EU spricht. Jedoch muss berücksichtigt werden, dass die Wahlen des EP als *„second order“ elections* gelten. Das bedeutet, dass sie bei weitem nicht so wichtig wie nationale Wahlen wahrgenommen werden, vor allem wird dies durch die relativ geringe Wahlbeteiligung von durchschnittlich 45-50 Prozent in den Mitgliedstaaten ersichtlich (vgl. Lodge 2010: 19).

Laut Lodge (2010) werden die europäischen Wahlen von nationalen Politiken „verseucht“, indem sie als *„second-order“ elections* propagiert werden und WählerInnen zu stark auf die nationalen Parteien als auf die Fraktionen des EPs fokussiert sind. Des Weiteren stellt das Fehlen eines einheitlichen europäischen Wahlsystems ein Hindernis dar, was auf der einen Seite einen europäischen Wahlkampf zwischen den Fraktionen des EPs forcieren würde, und zum anderen Grundzüge eines europäischen Demos repräsentiert. Ein weiterer Grund ist der EP-Wahlkampf an sich – während bei nationalen Wahlkämpfen Unmengen von Geldern in Wahlwerbung investiert werden, sind die Kampagnen des EPs so gering, dass sie von vielen UnionsbürgerInnen nicht einmal wahrgenommen werden (vgl. Lodge 2010: 19).

Wen bzw. ob ein/e Unionsbürger/in wählen geht hängt, vom *„politischen Klima“* (van der Eijk/ Marsh 1988), der politischen Kultur und der Zeitspanne zwischen EU-Wahlen und nationalen Wahlen ab. Neben diesen Faktoren sind auch persönliche Faktoren wie der sozioökonomische Hintergrund, Geschlecht, Bildung, Lokalität, Medienwahrnehmung- und Interpretation, Evaluierung der jeweiligen nationalen Regierung und persönliche Parteien und

KandidatInnenpräferenzen ausschlaggebend, ob und wen eine Person wählt (vgl. Lodge 2010: 20).

Häufig wird davon ausgegangen, dass eine Person, die sich generell mit anderen Personen über Politik unterhält und eine gewisse Sensibilisierung für Politik hat, eher wählen geht. Dies wurde von der EU erkannt und mit Hilfe von sozialen Netzwerken, Internet und Medien wurde und wird versucht, WählerInnen einen politischen Diskurs zu erleichtern und sie zu motivieren. Bei den EP-Wahlen 2009 wurde das Internet das erste Mal hochgradig von WählerInnenschaft und PolitikerInnen genutzt (vgl. Lodge 2010: 20). In den vergangenen Jahren spielte das Internet eine immer wichtigere Rolle in der Etablierung politischer Partizipation, denn ein Großteil der heutigen Kommunikation geschieht online und von daher wird es spannend bleiben welche Rolle das Internet in der Zukunft im Rahmen von politischer Kommunikation und Interaktion spielt.

Nichtsdestotrotz ist die Medienpräsenz der EU relativ überschaubar. Das EP begann seit den Wahlen 2009 vermehrt durch das Internet und TV-Programme, wie *eurinfo* in Euronews, auf sich aufmerksam zu machen. Analysen und Statistiken haben jedoch gezeigt, dass die Informationsnutzung der UnionsbürgerInnen ziemlich gering ist und meist nur EU-Interessierte dieses Informationsangebot nutzen. Das große Ziel um politische Partizipation zu fördern, ist schlicht und einfach mehr UnionsbürgerInnen von der EU zu begeistern und ein besseres *Labeling* zu betreiben. Um einen supranationalen politischen öffentlichen Raum für Kommunikation zu schaffen, der die WählerInnenquote der EP-Wahlen erhöht, muss die breite Masse erreicht werden. Dies ist der EU bis dato noch nicht gelungen. Daher muss das wichtige Zusammenspiel mit Medien und der EU auf der einen Seite, aber auch die stärkere Onlinepräsenz auf der anderen Seite verbessert werden um politische Partizipation - und somit auch Demokratie - zu fördern (vgl. Lodge 2010: 25).

Eine Aufgabe der Mitglieder des Europäischen Parlaments (MEPs) ist nicht nur an der Legislative der EU zu arbeiten, sondern auch die Kommunikation zwischen den EU-Institutionen und den UnionsbürgerInnen zu stärken. Ein möglicher Ansatz dies zu bewerkstelligen, wäre zuerst mehr Kommunikation zwischen den MEPs und den Abgeordneten in den nationalen Parlamenten zu schaffen. Wenn die MEPs die nationalen Parlamente davon überzeugen können, welche wichtige Rolle das EP auch innerhalb nationaler Politikdiskurse einnimmt, kann dies leichter an die BürgerInnen der Mitgliedstaaten kommuniziert werden. Prinzipiell berichten nationale Medien zum Großteil über nationale Politik. Wenn die nationalen PolitikerInnen dem EP mehr Aufmerksamkeit geben, werden auch die Medien mehr über das EP und die EU an sich berichten. Dies wiederum führt zur Sicherstellung eines

europäischen Diskurs und einer europäischen Debatte, was nicht nur politische Partizipation fördert, sondern auch zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit beiträgt (Lodge 2010: 26).

Schlussendlich ist politische Partizipation ein Bereich, der von der EU noch stärker forciert werden muss, vor allem in Bezug auf die institutionelle Ebene der EU.

„ As we all know, the European Union is the very opposite of a small-scale, clearly structured political community in which the citizens are able to shape their collective existence by direct cooperation. “ (Kohler-Koch 2013: 10).

5.4 Exklusionsformen politischer Partizipation

Da davon ausgegangen wird, dass Politisierung nicht nur innerhalb von EU- und nationalen PolitikerInnen stattfindet, sondern auch bei UnionsbürgerInnen begrenzt möglich ist, sollen nun auf die Formen politischer Exklusion im Bereich der europäischen Politisierung und Mitwirkung eingegangen werden.

Ein Problem in Bezug auf die politische Partizipation und die damit einhergehende Politisierung der EU stellt Migration in die EU und den damit verbundenen MigrantInnen dar, welche oft nicht aus einem EU-Mitgliedstaat kommen und von daher kein Wahlrecht besitzen.

Mit der stetig steigenden Migration in Einwanderungsländer kommt es zu einem demokratischen Defizit in der Politik, wenn eingewanderte Personen langfristig das Wahlrecht enthalten bleibt. Um diese Problematik zu überwinden, kann man auf der einen Seite die demokratischen Rechte auf „NichtbürgerInnen“ ausdehnen, und auf der anderen Seite den Zugang zur StaatsbürgerInnenschaft automatisieren (vgl. Bauböck 2003: 28).

Migration wird in der europäischen Politik als eine soziale Realität aufgefasst und man versucht mit politischen Programmen, Maßnahmen und interkulturellen Leitbildern diese zu regulieren und effizient in zivilgesellschaftliche Strukturen zu implementieren. Auch führte das in den 90er Jahren neu eingeführte Aufenthaltsgesetz in einigen Staaten Europas zu einer nachhaltigen Zuständigkeitsverschiebung in den nationalen Migrationspolitiken.

Dadurch verlagerte sich das Politikfeld Migration von der sozialpartnerschaftlichen Ebene hin zum Innenministerium und schließlich zum dominanten Akteur auf bundesstaatlicher Ebene (vgl. Johnston-Arthur/ Valchars 2011: 188-189)

Es gibt Staaten, die nur bestimmten AusländerInnen ein Wahlrecht einräumen, wie Großbritannien zum Beispiel. Dieses sogenannte Wahlrecht als Herkunftsprivileg hat vier mögliche Gründe: Erstens kann es eine gemeinsame Staatsangehörigkeit im historischen Kontext sein, zweitens die kulturelle und sprachliche Gemeinsamkeit (zum Beispiel Portugal mit Brasilien oder Spanien mit den mittel- und lateinamerikanischen Ländern) drittens aufgrund der Reziprozität, indem auf der Basis von gegenseitigem kommunalen Wahlrecht zwischen ImmigrantInnen verschiedener Länder gewählt werden darf, und der vierte Grund ist der Gedanke bzw. die Bildung einer supranationalen politischen Gemeinschaft, die eine gemeinsame Zukunft bilden soll (vgl. Bauböck 2003: 35-36).

Die Formen politischer Exklusion von MigrantInnen in der EU soll am Beispiel Österreichs verdeutlicht werden.

Es gibt in Österreich verschiedene Verfassungshindernisse. Somit argumentieren einige JuristInnen gegen ein kommunales AusländerInnenwahlrecht und berufen das „Homogenitätsgebot“ als einen impliziten Verfassungsgesetzgeber. Somit könnte dieser bestimmen, dass das Stimmrecht bei Wahlen zu Gebietskörperschaften und repräsentativen Organen einheitlich sein muss und somit nur StaatsbürgerInnen zusteht. Somit kann auch bilanziert werden, dass z.B. die Wahlen zu den Wiener Bezirksvertretungen, welche von der Wiener Landesverfassung geregelt werden, DrittstaatsausländerInnen exkludieren.

Art. 3 Abs. (2) des Staatsgrundgesetzes von 1867 macht den Zugang öffentlicher Ämter für AusländerInnen abhängig von ihrer Erwerbung der österreichischen StaatsbürgerInnenschaft. Dies ist jedoch aufgrund des europäischen Gemeinschaftsrechts für EU-BürgerInnen nicht mehr anwendbar. DrittlandsausländerInnen sind jedoch nach den Plänen der Wiener Landesregierung exkludiert, was diskriminierend und ungerechtfertigt erscheint (vgl. Bauböck 2003: 39).

Dies ist schlussendlich fernab einer europäischen Partizipation, einhergehend mit der Exklusion europäischer Politisierung und schlussendlich zeigt dieser Mangel an Mitspracherecht wiederum das Demokratiedefizit der EU auf.

6. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Anhand der Literaturanalyse hat sich herausgestellt, dass die zwei Hauptursachen für das Demokratiedefizit der EU das wache Konstrukt europäischer Öffentlichkeit und das Politisierungsdefizit der EU sind. Des Weiteren gibt es noch andere Faktoren eines Mangels an europäischer Demokratie, wie zum Beispiel das Lerndefizit und die Probleme der europäischen Integration und des europäischen Mehrebenensystems.

Des Weiteren ist das Verhältnis zwischen Supranationalismus und Transnationalismus nicht geklärt und welche Rolle transnationale Praktiken, vor allem in Bezug auf die steigende Denationalisierung in den EU-Mitgliedsländern, in der Zukunft spielen bzw. ob die Globalisierung eine Gefahr für die europäische Integration, supranationale Systeme und schlussendlich europäische Demokratie sein wird, ist eine wichtige Frage, die bis dato noch kaum behandelt wurde. Der Beginn der europäischen Identität, die ausschlaggebend für eine europäische Öffentlichkeit ist, ist vor allem durch die Selbst- und Fremdzuschreibungen Europas gegenüber den USA, der Sowjetunion und des Prozesses der europäischen Integration gekennzeichnet. Durch Formen der Globalisierung werden diese klaren staatlichen bzw. kontinentalen Grenzen abstrakter und die EU muss ihre Identität und internationale Position neu definieren.

Eine kollektive Identität scheint es bisher nur im Plural zu geben und diese Identitäten werden durch nicht emotionale, sondern vielmehr rationale Argumente mit Rechtswirkung in Form von Verträgen miteinander verbunden, um sie durch politische Strategien zu einer europäischen Öffentlichkeit zu formen.

Die Argumentation, dass es keine europäische Öffentlichkeit gibt ist die erste Hauptursache für das demokratische Defizit der EU und findet ihre Legitimation in der Tatsache, dass es zwar eine breite europäische Mittelschicht gibt, die Schere zwischen arm und reich jedoch in Zukunft größer sein wird. Dadurch kommt es zu einem immer stärker werdenden sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gefälle *zwischen* den UnionsbürgerInnen aber auch den UnionsbürgerInnen und den wenigen einflussreichen AkteurInnen europäischer Politik, die sich aus der nationalen und supranationalen Politikelite zusammensetzt.

Das Projekt der europäischen Öffentlichkeit oder einem europäischen Demos scheint aus vielerlei Hinsicht unmöglich zu sein. Vielmehr wird die EU oftmals als ein sozialer

gesellschaftlicher Raum betrachtet, der Grenzen um sich aufgezogen hat, obwohl er paradoxerweise aus internen und losen, nur teilweise verknüpften sozialen Räumen besteht. Emotionale Werte werden von seitens der EU kaum berücksichtigt. Das Hauptargument um die UnionsbürgerInnen von der EU zu überzeugen ist meist rationaler Natur: „Die EU ist ein Vorteil für alle.“ (vgl. Eder 2010: 100).

Ob dies der Fall sein wird bzw. ob man jemals von einer europäischen Öffentlichkeit sprechen kann, sei dahin gestellt. Fakt ist, dass es bis dato zwar Versuche und Anzeichen einer solchen kollektiven Öffentlichkeit gibt, jedoch fehlen ihr ein kollektives Bewusstsein, Toleranz, Chancengleichheit, Sprache, Medien und Kommunikationsräume, Vernetzungsmöglichkeiten und die Annahme einer supra- und transnationalen Gesellschaft, einhergehend mit einem Verlust nationaler Identifikationsmuster hin zu einem europäischen Gemeinschaftsgefühl.

Um von einer europäischen Öffentlichkeit zu sprechen, muss es zu einem Homogenisierungsprozess innerhalb der europäischen Gesellschaften kommen. Wie gezeigt wurde, ist die gesellschaftliche und soziale Landschaft der EU jedoch alles andere als homogen. Die juristische und offizielle Basis für eine homogene europäische Öffentlichkeit sind die Verträge der EU und die darin beinhalteten politischen Ziele, Verordnungen und Richtlinien, wie zum Beispiel die aktuelle „Europa 2020 Strategie“. In der politischen und öffentlichen Praxis werden solche Strategien und Konzepte einer gemeinsamen und integrativen EU jedoch meist peripher wahrgenommen.

Schlussendlich sprechen die meisten Argumente dafür, dass es keine europäische Öffentlichkeit und daher auch keine europäische Demokratie gibt und daher stellt sich die Frage ob es überhaupt Demokratie ohne Öffentlichkeit geben kann. Dies bedarf einer langen Ausarbeitung unterschiedlicher Fragestellungen. Wobei angemerkt werden soll, dass viele AutorInnen der Meinung sind Demokratie kann ohne eine klar ersichtliche Öffentlichkeit nicht existieren.

Eine weitere Ursache für das Demokratiedefizit ist das Fehlen einer gemeinsamen Sprache. Auf der einen Seite ist durch den offiziellen Status der 24 EU-Amtssprachen ein demokratischer und partizipatorischer Politikprozess zu erkennen, jedoch hindert diese linguistische Heterogenität auf der anderen Seite die Etablierung europäischer Medien und Kommunikationsmittel, die wichtig für den Prozess europäischer Demokratisierung sind.

Die zweite Hauptursache für das europäische Demokratiedefizit ist die mangelnde Politisierung innerhalb der EU-Institutionen, aber auch den UnionsbürgerInnen. Es gibt kaum Politisierung

und konstruktive politische Debatten innerhalb eines europäischen Lernprozesses. Vielmehr ist die politische Landschaft auf supranationaler Ebene durch Administration und ein ständiges *Check of Balances* gekennzeichnet. Eine Etablierung europäischer Politisierung wäre wünschenswert, denn Politik ist der Bereich, in dem diskutiert und verhandelt wird und gesellschaftliche Normen und Werte entstehen und ihre Legitimierung finden. Eine EU ohne Sprechen und Kommunikation ist weit entfernt von einem demokratischen Verständnis. Im Gegensatz zur Bildung einer europäischen Öffentlichkeit – welche anhand der Analysen von AutorInnen kaum möglich sein wird – könnte die Politisierung der EU leicht stattfinden, denn man bräuchte nur mehr Diskussionsbereitschaft von PolitikerInnen und UnionsbürgerInnen. Prinzipiell gibt es eine starke Politisierung in den Mitgliedstaaten. Wenn die nationale Politisierung zu einer supranationalen Politisierung führen würde, wäre die EU demokratisch leichter vertretbar.

Die Zonen der strukturellen Interpenetration innerhalb eines europäischen Mehrebenensystems helfen bei der Verdeutlichung und Konkretisierung verschiedenster Formen von In- und Exklusion in Europa, welche die Hauptmechanismen einer europäischen Integration darstellen. Es soll jedoch festgehalten werden, dass der Weg der europäischen Integration in seinen Anfängen kein leichter war. Vielmehr sollte man auch den Begriff der europäischen Integration kritisch auf die Frage hin ab wann man von einer europäischen Integration spricht und wann ist sie abgeschlossen betrachten. Das gleiche gilt für die europäische Demokratie. Sie ist noch am Anfang und kann nur durch eine europäische Öffentlichkeit und einer verstärkten Politisierung weiter ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass die EU, wie auch die europäische Integration, keine starren Konstrukte sind, sondern vielmehr als ein sich ständig verändernder Prozess gesehen werden müssen, der grundsätzlich immer demokratischer wird.

Ob jedoch jemals von einer europäischen Demokratie, ausgehend von den bisher vorhandenen Definitionen des Begriffs, gesprochen werden kann, ist zu bezweifeln. Diese Problemstellung wirft weitere interessante Fragen auf, die die grundlegenden Konzepte von Demokratie hinterfragen.

Grundsätzlich hat die EU ein starkes Demokratiedefizit zu verzeichnen, resultierend aus mehreren Ursachen. Schon allein die Tatsache, dass es mehrere Ursachen gibt, lässt darauf schließen, dass die Behebung dieses Defizits ein durchaus komplexer und schwieriger Prozess ist. Die Hauptaufgabe der EU muss die Etablierung einer demokratisch vertretbaren Struktur sein. Innerhalb dieser Struktur wird es möglich sein, die europäische Integration weiterhin zu

forcieren und auszubauen. Falls es zu einem demokratischen Stillstand, oder gar Rückgang kommt, werden die Debatten über die Legitimation und den Nutzen der EU deutlich lauter werden.

7. LITERATURVERZEICHNIS

- AGATHANGELOU, Anna M./ LING, L.H.M. 2005. *Power and Play through Poisies: Reconstructing Self and Other in the 9/11 Commission Report*; Millennium – Journal of International Studies, 33. No. 3 (Summer 2005): 827-853.
- BACHRACH Peter/ BARATZ Morton. 1962. *The American Political Science Review*, American Political Science Association JSTOR
- BALIBAR, Etienne. 2001. *Es gibt keinen Staat in Europa. Rassismus und Politik im heutigen Europa*. In: RÄTHZEL, Nora. 2001. *Theorien über Rassismus*. Argument Verlag, Hamburg. S. 104-120
- BARTOLINI, Stefano. 2006. *Should the Union be ‚Politicised‘? Prospects and Risks*. In: Notre Europe. *Why the EU Need (LEft-Right) Politics*.
- BAUBÖCK, Rainer. 2003. *Wessen Stimme zählt? Thesen über demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft*. In: Wiener Hefte zu Migration und Integration in Theorie und Praxis 2003/1. S. 26-44
- BEER, Bettina/ FISCHER Hans. 2003. *Wissenschaftliche Arbeitstechniken in der Ethnologie*. Dietrich Reimer Verlag. Berlin
- BEIERWALTES, Andreas. 1998. *Sprachenvielfalt in der EU – Grenzen einer Demokratisierung Europas?* Zentrum für Europäische Integrationsforschung. Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. ZEI – Discussion Paper C 5/1998
- BENZ, Arthur. 2006. *Policy-making and accountability in EU multilevel governance*. In: BENZ, Arthur/ PAPADOPOULOS, Yannis. 2006. *Governance and Democracy. Comparing national, European and international experiences*. Routledge. London/ New York
- BOURDIEU, Pierre. 2001. *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. UVK. Konstanz
- BRAND, Ulrich. 2012. *Politische Theorien der Internationalisierung von Politik*. In: KREISKY, Eva/ LÖFFLER, Marion/ SPITALER, Geord (eds.) 2012. *Theoriearbeit in der Politikwissenschaft*. Facultas/ UTB. Wien.
- BUHL, Dieter. 1960. *Die Zeitung als Mittel der Volksbildung (Versuch einer Typologie der volksbildenden Elemente aus dem Bereich der Wissenschaft in der Tageszeitung, unter*

Berücksichtigung der Wechselwirkung zwischen der Zeitung als Mittel der Volksbildung und der Leserschaft). Dissertation. Philosophische Fakultät, Wien

COUNCIL OF THE EUROPEAN UNION. 2000. Presidency Conclusions Lisbon European Council 23– 24 March. Brussels.

COX, Robert W. 1981/2011. Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen. Jenseits einer Theorie Internationaler Beziehungen; Auszug.; in: OPRATKO, Benjamin/PRAUSMÜLLER, Oliver (Hrsg.): Gramsci Global. Hamburg: Argument-Verlag. S. 42-48

DAHL, R.A. 1998. *On Democracy*. Yale University Press. New Haven

DURKHEIM, Emile. 1973. *Der Selbstmord*. Luchterhand Verlag. Neuwied

EHS, Tamara. 2007. *Hans Kelsen und politische Bildung im modernen Staat. Vorträge in der Wiener Volksbildung. Schriften zur Kritikfähigkeit und Rationalismus*. Manzsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung. Wien

ELVERT, Jürgen. 2006. *Die europäische Integration*. WBG (Wissenschaftliche Buchgesellschaft). Darmstadt

GAISBAUER, Helmut P./ PAUSCH, Markus. 2009. *The Gap Between Elites and Citizens in European Media Discourse*. In: BRUELL, Cornelia/ MOKRE, Monika/ PAUSCH, Markus (Hrsg.) 2009. *Democracy Needs Dispute. The Debate on the European Constitution*. Campus Verlag. Frankfurt/ New York.

HABERMAS, Jürgen. 2001. *Why Europe needs a constitution*. New Left Review, 11. (September/ Oktober); 5-25 in: PARSONS/ Wayne. 2006. *Conclusion: what future for European integration and democracy?* In: GIORGI, Liana/ HOMEYER, Ingmar/ PARSONS, Wayne. 2006. *Democracy in the European Union. Towards the emergence of a public sphere*. Routledge Advances in European Politics. London/ New York.

HALL, Peter. 1993. *Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking*. In: Britain. Comparative Politics 25: 275-296

HIX, Simon. 2003. *Parteien, Wahlen und Demokratie in der EU*. In: JACHTENFUCHS, Markus/ KOHLER-KOCH, Beate (Hg.): *Europäische Integration*. Leske+Budrich. Opladen. S. 151-180.

HIX Simon. 2006. *Why the EU needs (Left-Right) Politics? Policy Reform and Accountability are impossible without it*. In: Notre Europe. *Why the EU Need (LEft-Right) Politics*.

- FAVELL, Adrian/ GUIRAUDON, Virginie. 2009. *The Sociology of the European Union. An Agenda*. In: *European Union Politics*. Vol. 10 (4). Sage Publications. S. 550-576
- FISCHER, Frank. 2006. *Participatory Governance as Deliberative Empowerment. The Cultural Politics of Discursive Space*. In: *The American Review of Public Administration* 2006; 36; 19. SAGE Publications. S. 18-40
- GSCHIEGL, Stefan/ UCAKAR, Karl. 2010. *EU und Rechtssetzung in Österreich*. In: PFEFFERLE, Roman/ SCHMIDT, Nadja/ VALCHARS, Gerd (Hg.): *Europa als Prozess: 15 Jahre Europäische Union und Österreich*. Festschrift für Peter Gerlich. Wien: LIT. S. S. 53-64.
- HARTMANN, Tyrel. 2005. *Singular oder Plural. Einleitende Bemerkungen zu Globalisierung und Weltgesellschaft*. Lucius & Lucius Verlag Stuttgart.
- HEIDENREICH, Martin. 2010. *Einkommensungleichheiten in Europa. Multiple Raumbezüge sozialer Ungleichheiten in einem regional-national-europäischen Mehrebenensystem*. Zeitschrift für Soziologie, Jg. 39, Heft 6. S.426-446. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg
- HOFMANN, Andreas/ WESSELS, Wolfgang. 2008. *Der Vertrag von Lissabon – eine tragfähige und abschließende Antwort auf konstitutionelle Grundfragen?* In: *Integration* 1/2008. S. 3-20
- IDEMA, Timo/ KELEMEN, Daniel. 2006. *New Modes of Governance, the Open Method of Coordination and Other Fashionable Red Herring*. In: *Perspectives on European Politics and Society*, 7:1, 108-123. Routledge
- JOHNSTON-ARTHUR, Araba/VALCHARS, Gerd. 2011. *Schlaglichter zu Migration, Migrationspolitik und Migrationsforschung aus politikwissenschaftlicher Sicht*. S.175-197. In: DVORAK, Johann/MÜCKLER, Hermann. (Hsg.) 2011. *Staat Globalisierung Migration*. Facultas Verlags- und Buchhandel AG. Wien
- KELSEN, Hans. 1913. *Politische Weltanschauung und Erziehung*. Wien
- KERSTING, Norbert. 2008. *Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden
- KOHLER-KOCH, Beate. 2013. *Civil society and democracy in the EU: High expectations under empirical scrutiny*. In: KOHLER-KOCH, Beate/ QUITTAK, Christine. 2013. *De-*

Mystification of Participatory Democracy. EU Governance and Civil Society. Oxford University Press.

KRÖGER, Sandra. 2009. *The Open Method of Coordination: Underconceptualisation, overdetermination, depoliticisation and beyond.* In: KRÖGER, Sandra (ed.): *What we have learnt: Advances, pitfalls and remaining questions in OMC research.* European Integration online Papers (EIoP), Special Issue 1, Vol. 13, Art. 5

KUHN, Thomas. 1969. *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main

LODGE, Juliet. 2010. *The 2009 Elections to the European Parliament.* Palgrave Macmillan, Hampshire

MARCH, J./ OLSEN, J. 1989. *Rediscovering Institutions. The Organizational Basis of Politics.* Free, New York. In: POLLAK, Johannes/ SLOMINSKI, Peter. *Das politische System der EU.* 2. Auflage. Facultas.wuv. Wien.

MARSCHNER, Sophia. 2011. *Die Geschichte und Entwicklung der Europäischen Union. Unter besonderer Berücksichtigung des Weges Österreichs in die Europäische Union.* Peter Lang GmbH, Frankfurt am Main

MAU, Steffen. 2014. *Transformation und Krise der europäischen Mittelschichten.* In: HEIDENREICH, Martin (Hrsg.) 2014. *Krise der europäischen Vergesellschaftung?* Springer Fachmedien. Wiesbaden. S. 253-279

MÜNCH, Richard. 2014. *Das europäische Integrationsprojekt in der Krise. Zeichen eines tiefgreifenden Systemwandels?* In: HEIDENREICH, Martin (Hrsg.) 2014. *Krise der europäischen Vergesellschaftung?* Springer Fachmedien. Wiesbaden. S. 53-85

NAGEL, Uwe Jens. 1987. *Participation.* Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall. In: FISCHER, Frank. 2006. *Participatory Governance as Deliberative Empowerment. The Cultural Politics of Discursive Space.* In: *The American Review of Public Administration* 2006; 36; 19. SAGE Publications. pp. 18-40. S. 22

ÖHLINGER, Theo. 2002. *Die Europäisierung der österreichischen Verfassung.* In: NEISSLER, Heinrich/ PUNTSCHER-RIEKMANN, Sonja (Hg.). 2002. *Die Europäisierung der österreichischen Politik.* Konsequenzen der EU-Mitgliedschaft. Wien. S. 81-99

- PARSONS/ Wayne. 2006. *Conclusion: what future for European integration and democracy?*
In: GIORGI, Liana/ HOMEYER, Ingmar/ PARSONS, Wayne. 2006. *Democracy in the European Union. Towards the emergence of a public sphere*. Routledge Advances in European Politics. London/ New York.
- PATERMAN, Carole. 1970. *Participation and Democratic Theory*. London. Zit. in:
KERSTING, Norbert. 2008. *Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden. S. 14
- PELINKA, Anton. 2010. *Europäisierung ohne Tiefenwirkung. Die österreichischen Parteien und Verbände auf dem Weg nach Europa*. In: PFEFFERLE, Roman/ SCHMIDT, Nadja/ VALCHARS, Gerd (Hg.): *Europa als Prozess: 15 Jahre Europäische Union und Österreich*. Festschrift für Peter Gerlich. Wien: LIT. S. S. 53-64.
- PÖPPL, Josef. 1962. *Fernsehen und Volksbildung. Ein Handbuch für den Volksbildner*. Verlag „Neue Volksbildung“. Wien
- POLLAK, Johannes/ SLOMINSKI, Peter. *Das politische System der EU*. 2. Auflage. Facultas.wuv. Wien.
- SASSEN, Saskia. 1999. *Cracked casings. Notes toward an analytics for studying transnational processes*. S. 187-207. In: ABU-LUGHOD, Janet L. 1999. *Sociology for the Twenty-first Century. Continuities and cutting edges*. The University of Chicago Press. Chicago
- SCHÄFER, Armin. 2004. *Beyond the Community Method: Why the Open Method of Coordination Was Introduced to EU Policy-making*. EIoP 2004 n° 13
- SCHMIDT, Vivien A. 2006. *Democracy in Europe. The EU and National Politics*. Oxford University Press. Oxford
- SCHNEIDER, Heinrich. 1998. *Europäische Identität: Historische, kulturelle und politische Dimensionen*. In: HRBEHET, Rudolf (Hrsg.). 1998. *Die Europäische Union als Prozess*. Bonn
- SEEGER, Sarah. 2008. *Die EU im Spannungsfeld von Demokratiedefizit, Politisierung und Vertragsratifikation*. In: WEIDENFELD, Werner. 2008. *Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union*. Nomos. Baden-Baden. S. 235-254
- STEHR, Nico. 2003. *Wissenspolitik: Die Überwachung des Wissens*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

- STEINKE, Ines. 2010. *Gütekriterien qualitativer Forschung*. 319-331. In: FLICK, Uwe/ KARDOFF, Ernst von/ STEINKE, Ines. 2010. *Qualitative Forschung: Ein Handbuch*. Reinbek bei Hamburg
- STRASSER, Sabine. 2009. *Transnationale Studien: Beiträge jenseits von Assimilation und „Super-Diversität“*. S.70-93 In: SIX-HOHENBALKEN, Maria/ TOŠIĆ, Jelena. (Hg.) 2009. *Anthropologie der Migration. Theoretische Grundlagen und interdisziplinäre Aspekte*. Facultas Verlags- und Buchhandels AG. Wien
- TEN BRINK, Tobias. 2008. Abschnitt 2.4.: *Die Debatte in der Disziplin der Internationalen Beziehungen vor dem Hintergrund des Kalten Krieges*, in: ders. (2008): *Staatenkonflikte*. Lucius&Lucius, Stuttgart. S. 130-145
- TERHART, Ewald. 2009. *Didaktik. Eine Einführung*. Stuttgart. Reckans Universal-Bibliothek Nr 18623
- WESSELS, Wolfgang. 2008. *Das politische System der Europäischen Union*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden
- WOLF, Klaus Dieter. 2008. *Emerging patterns of global governance: the new interplay between the state, business and civil society*. In: SCHERER, Andreas Georg/ PALAZZO, Guido. 2008. *Handbook of Research on Global Corporate Citizenship*. Cheltenham/UK. S. 225-248

8. LEBENSLAUF

CHRISTIAN JOSEF LASSER

ARBEITSERFAHRUNG

2014 **Praktikum bei UNIDO, Wien (4 Monate)**

PRF/RPF/ Asia & the Pacific Programme

- Erstellung und Bearbeitung von country briefing notes
- Kommunikation und Koordinierung mit UN-Behörden aus den asiatischen field offices und Projektmanager
- Erstellung von draft papers über Evaluierungen der UNIDO field offices, Pipeline Projekten, Gesprächstranskriptionen von sozialen Events und High Level meetings mit Mitarbeiter/innen von Ministerien und Botschafter/innen

2014 **Mitglied des Academic Council on the United Nations System (ACUNS), Wien**

- Erstellung eines Berichts im Bereich Rechtsgerechtigkeit namens 'Jugendgerichtsbarkeit in Österreich' in Kooperation mit dem BMJ und UNODC

2013 – 2014

Projektkoordinator

Kampagne *Climate Change and Social Justice*, SCI Austria

- Verbreitung und Förderung der internationalen SCI Kampagne 'Create a Climate for Peace'
- 20 Workshops an österreichischen Schulen über Klimawandel und nachhaltige Entwicklungsstrategien
- Wurde von der ÖUK als UN Dekadenprojekt für Bildung zu Nachhaltiger Entwicklung ausgezeichnet

2013 – 2014

Projektmitglied

LEONARDO Projekt *Starting Business in Later Life*

- Forschung über Weiterbildung und Informationsmanagement an der VHS Wien bei Personen 55+
- Präsentation der Forschungsergebnisse und Mitwirkung im Projekt während den Leonardo Treffen in Budapest, Lissabon und Hamburg

2013

Praktikum bei der österreichischen UNESCO Kommission (2 Monate)

ÖEUK – Immaterielles Kulturerbe Oesterreichs

- Organisation und Vorbereitung von Präsentationen
- Transkription und Aufzeichnung von Verhandlungen und Kommissionstreffen mit anderen Behörden
- Präsentation von UNESCO und ÖUK bei Veranstaltungen
- Qualitative und quantitative Datenanalyse
- Assistenz der Chefin des immateriellen Kulturerbes Österreich

2013 – 2015	Deutschlehrer (fortlaufend) <u>Actilingua Academy</u> ▪ Deutschkurse in Grammatik und Konversation für Erwachsene zwischen 16-35 Jahren German classes in grammar and conversation for adults between 16-35 years ▪ Organisation, Teilnahme und Präsentation von Kulturprogrammen
2011	Englischlehrer in Taslicay/Türkei (6 Wochen) <u>NGO EDIT (Entwicklung durch Interaktion)</u> ▪ Englischunterricht und Kulturmanagement in der lokalen Gemeinschaft im Bereich Integration, Mediation und interkultureller Kommunikation
2011	Lernbetreuung (4 Monate) <u>Wiener Kinderfreunde</u> ▪ Lernbetreuung im Bereich lesen, schreiben und Mathematik ▪ Pädagogische Aufsicht bei Exkursionen
2008 - 2009	Zivildienst im SOS Kinderdorf Moosburg (9 Monate) <u>Kriseninterventionsgruppe Barbakus</u> ▪ Pädagogische Unterstützung ▪ Vorbereitung täglicher Berichte ▪ Freizeitaktivitäten
Andere Bereiche: 2006 - 2013	Freiwilligenarbeit für kleine NGOs im Bereich Migration und Klimawandel

AUSBILDUNG

2014 – 2015	Master European Studies – Abschluss im September 2015 <u>Postgraduate Center, Universität Wien</u> ▪ Schwerpunkte: Organisation und Arbeitsprozedere der europäischen Institutionen, Menschenrechte in Europa, Europäische Geschichtsforschung, Europäische Integration, EU-Recht, EU-Wirtschaftsraum
2012 - 2015	Master Joint Programme Cultural Differences and Transnational Processes (CREOLE) <u>Universität Wien, Institut für Kultur- und Sozialanthropologie</u> ▪ Schwerpunkte: Interkulturelle Kommunikation, Konfliktmanagement, transnationale Praktiken und Migration, Superdiversität, Globalisierung, Integration, Staatenanalysen, Klimawandel, anthropologische Perspektive internationaler Umweltpolitik, Naturkatastrophen und Wetterinterpretationen, Diasporaforschung, Mobilitäten
2012	Erasmusaufenthalt in Rom (6 Monate) <u>Università degli Studi Roma Tre, Facoltà di Scienze Politiche</u> ▪ Schwerpunkte: Italienische Geschichte, Faschismus, Internationale Beziehungen, Die Vereinten Nationen, Umweltpolitik, Asylpolitik
2011 - 2014	Bachelor Politikwissenschaft <u>Universität Wien, Institut für Politikwissenschaft</u>

- Schwerpunkte: Internationale Beziehungen, Asylpolitik, die Vereinten Nationen, Internationale Politik, Umweltpolitik, Vergleichende Policyanalysen, Governance Theorien

2009 - 2012

Bachelor Kultur- und Sozialanthropologie

Universität Wien, Institut für Kultur- und Sozialanthropologie

- Schwerpunkte: Migration, transnationale Migration, Integrationspolitik, Umweltpolitik, Asylrecht

SPRACHKENNTNISSE:

DEUTSCH (MUTTERSPRACHE) ITALIENISCH (C1) ENGLISCH (C1)
FRANZÖSISCH (A2)

Wien, am 12. August 2015